Schweizerisches
Sozialarchiv

Sachdokumentation
Signatur: KS 335/41b-10

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41b-10

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
http://www.sozialarchiv.ch

erstellt: 15.05.2014

Katalogisiert
335
416/10
Schweizerisches
Sozialarchiv
335/416/10

aspekte

Fortschrittliche
Gewerkschafter
Zürich
Postfach 166
8025 Zürich

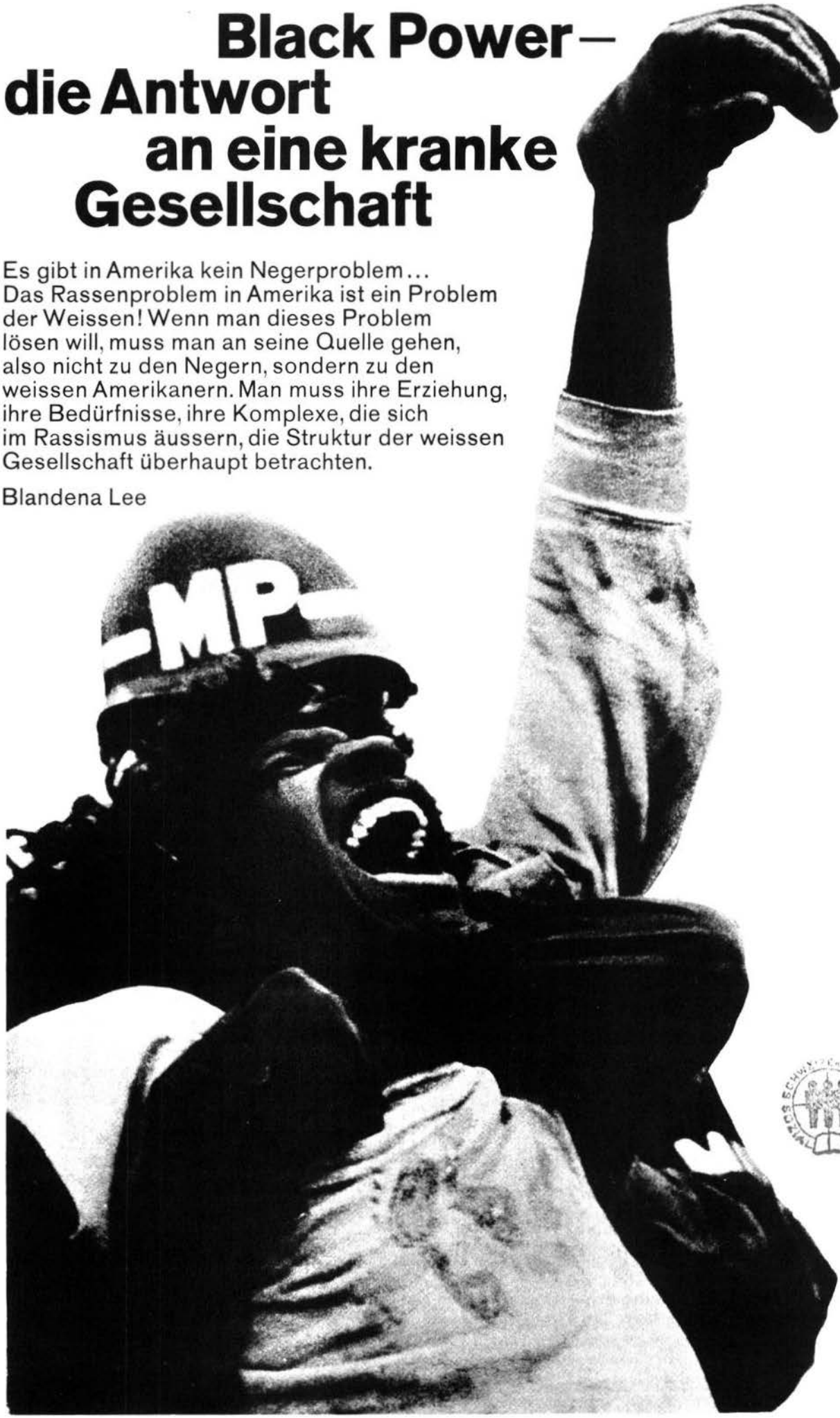
3/69
März 1969
Erscheint
in loser Folge
Preis: 1.50

SCHWEIZERISCHES SOZIAL ARCHIV

Black Power – die Antwort an eine kranke Gesellschaft

Es gibt in Amerika kein Negerproblem... Das Rassenproblem in Amerika ist ein Problem der Weissen! Wenn man dieses Problem lösen will, muss man an seine Quelle gehen, also nicht zu den Negern, sondern zu den weissen Amerikanern. Man muss ihre Erziehung, ihre Bedürfnisse, ihre Komplexe, die sich im Rassismus äussern, die Struktur der weissen Gesellschaft überhaupt betrachten.

Blandena Lee



SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

Durch die "heissen Sommer" der letzten Jahre erhielt das Rassenproblem in den Vereinigten Staaten eine neue Aktualität. Die spontanen Aufstände in den Ghettos führten zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, welche die ganze Weltöffentlichkeit erschreckten. Durch die Tatsache, dass die diskriminierten Neger Amerikas in der Black-Power-Bewegung eine wirklich entschlossene, systemsprengende Aktionsbasis erlangten, stehen die Weissen vor der entscheidenden Frage, welche Massnahmen getroffen werden müssen, um das Negerproblem in den USA endgültig zu lösen. Die Reaktionen auf die Aufstände (Erhöhung der Ausgaben für die Polizei u.ä.) lassen keine bessere Zukunft erhoffen.

Die heutige Stellung der Schwarzen in der amerikanischen Gesellschaft

Die Vereinigten Staaten sind ein kapitalistisches Land. Einkommen und Besitz spielen eine äusserst wichtige Rolle. Sie bilden den Wertmassstab, nach dem Menschen oder Menschengruppen beurteilt werden. Das wird z.B. deutlich an der hohen Einschätzung von sozialen Statussymbolen wie repräsentativen Wagen, luxuriösen Villen, protzigen Parties usw. Aus dieser gewaltigen Ueberschätzung von Einkommen und Besitz wird die wirtschaftliche Stellung des Negers zu einem zentralen Problem. Von ihr hängt es ab, ob er als Mensch geachtet wird, ob er seine lebensnotwendige Anerkennung in der Gesellschaft erreicht. Ueber die wirtschaftliche Lage der Negerbevölkerung in den USA gehen die Meinungen der Fachleute weit auseinander. Viele behaupten, die wirtschaftliche Lage der Neger hätte sich gewaltig verbessert. Dabei scheinen sie die wirtschaftliche Lage der Neger in den Vereinigten Staaten in erster Linie am Stand einer schmalen Neger-Oberschicht (Black Bourgeoisie) zu messen. Um ein relevantes Ergebnis zu erhalten, muss jedoch die Lage der grossen, armen Masse der Negerbevölkerung berücksichtigt werden. In diesem Fall sehen die Ergebnisse weniger positiv aus. Die Lage der Neger hat sich im Verhältnis zu den Weissen nicht verbessert, sie wurde in gewissen Bereichen sogar schlechter.

Die Beschäftigungsstruktur

Die Beschäftigungsstruktur der Neger hat sich nicht wesentlich verändert. Wohl konnten viele ihren Lebensstandard etwas verbessern, indem sie von der untersten Beschäftigungsschicht auf dem Lande (Saisonarbeiter) in die unterste Beschäftigungsschicht in der Stadt (Hilfsarbeiter, angelernte Arbeiter) wechselten. Dieser Trend besteht aber in der ganzen Bevölkerung. In der Stadt haben die Neger jedoch aus verschiedenen Gründen (mangelnde Ausbildung, keine freie, höhergestellte Arbeitsplätze, Rassendiskriminierung) keine Möglichkeit, auf der sozialen Stufenleiter aufzusteigen. So gehören denn auch 65 % der Neger der Lower Class (ungelernte und angelernte Arbeiter) an.

Einkommensunterschiede

Der Beschäftigungsstruktur entspricht natürlich das Einkommen der Neger. Die untersten Berufsschichten, in denen die Mehrheit der Schwarzen arbeitet, sind am schlechtesten bezahlt. Seit dem zweiten Weltkrieg nahm der durchschnittliche Einkommensunterschied zwischen Negern und Weissen zu und betrug in Prozenten des Weisseneinkommens:
1955: 64 % / 1962: 63 % / 1966: 58 %

Gewerkschafts-Bürokratie

"Die Gewerkschaftsbürokratie versucht, die Arbeiterklasse daran zu gewöhnen, Befehle zu empfangen und sie auszuführen."

Daniel Cohn-Bendit

Dieser enorme Unterschied ergibt sich nicht nur dadurch, dass die Negerbevölkerung durchschnittlich in niedrigern Berufsschichten arbeitet, sondern auch durch die Tatsache, dass ein Neger, welcher die gleiche Arbeit verrichtet wie ein Weisser, weniger verdient, und das umso mehr, je höher die Beschäftigungsart und das Einkommen ist. Ein Schwarzer mit Hochschulausbildung - wenn er überhaupt eine seiner Ausbildung entsprechende Stellung bekommt - verdient weniger als der Weisse, der nur acht Jahre Volksschule besucht hat.

Arbeitslosigkeit

Eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Neger wird in der Arbeitslosigkeit sichtbar. Seit dem zweiten Weltkrieg bewirkte die technologische Entwicklung einen starken Rückgang der Arbeitsplätze für Ungelernte (Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitsplätze:
1910: 36 % / 1950: 20 % / 1962: 5 %).
Davon wurden in erster Linie Schwarze betroffen, denn sie konzentrieren sich ja in dieser Beschäftigungsschicht. Der Anteil der Arbeitslosen unter den Schwarzen ist denn auch unvergleichlich höher als unter den Weissen:

	Weisse	Nichtweisse	Nichtweisse als Prozentsatz der Weissen
1940	13,0 %	14,5 %	112 %
1950	4,1 %	7,9 %	176 %
1960	4,9 %	8,5 %	157 %
1962	4,9 %	11,0 %	225 %

Die Arbeitslosigkeit betrifft ganz besonders die jüngeren Neger, vor allem in den Ghettos. Die Zahl der Arbeitslosen unter den Jugendlichen im Jahre 1964:

	Weisse	Nichtweisse
Mädchen	14 %	34 %
Jungen	14,5 %	25 %

Aus diesen Daten "erscheint der Schluss unumgänglich, dass die Neger, seit sie in die Städte gingen, ihren sozio-ökonomischen Status nicht verbessern konnten". (Baran/Sweezy).

Wohnverhältnisse

Diese prekäre wirtschaftliche Lage der Neger hat unmittelbare Auswirkungen auf den Ausbildungsstand und die Wohnverhältnisse der Schwarzen.
Die Segregation im Wohnungswesen nimmt ständig zu. Die Neger werden in zunehmendem Masse in Schwarzen-Ghettos eingepfercht. Die Negerbevölkerung (11 % der Gesamtbevölkerung) bewohnt

4 % der gesamten Fläche der USA. Dieser Prozess der Ghettoisierung wird durch verschiedene Faktoren bedingt. Bedingt durch das niedrige Einkommen, sind die meisten Schwarzen auf billige Wohnungen angewiesen. Es ist ihnen nicht möglich, in den teuren Vierteln der Weissen Häuser zu kaufen oder Wohnungen zu mieten. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die schlechten Wohnungen in den Ghettos vergleichsweise viel zu teuer sind. Zudem werden diese Häuser von den weissen Besitzern fast völlig vernachlässigt, viele befinden sich in baufälligem Zustand. Auch wenn das nötige Geld vorhanden wäre, ist es für Schwarze sehr schwierig, Wohnungen in den weissen Vorstädten zu bekommen, obschon die Diskriminierung der Neger auf dem Wohnungsmarkt gesetzlich verboten wurde. Ziehen Schwarze in ein bisher weisses Quartier ein, wandern die weissen Bewohner in noch rein weisse Gebiete ab.

Die Ueberbevölkerung und die schlechten Wohnverhältnisse in den Ghettos haben einen bedenklichen Gesundheitszustand zur Folge: hohe Säuglingssterblichkeit (unter einem Monat: Weisse 16,1 auf 1000, Farbige 25,4), viele chronische Krankheiten, geringere Lebenserwartung (die Lebenserwartung des Farbigen liegt um sechs Jahre unter der des Weissen).

Bildungswesen

Sowohl die wirtschaftliche Lage als auch die Wohnverhältnisse beeinflussen das Bildungswesen der Schwarzen. Weil die Schwarzen in gesonderten Vierteln leben, entstehen auch nach Rassen getrennte Schulen. Die Schulintegration, die 1954 gesetzlich angeordnet wurde, erfasst nur einen kleinen Teil der schwarzen Kinder. Die Verhältnisse in den schwarzen Schulen sind grösstenteils sehr schlecht: baufällige Schulhäuser, überfüllte Klassenräume, Lehrermangel, schlecht oder gar nicht ausgebildete Lehrkräfte. Für einen schwarzen Schüler im Ghetto werden pro Jahr durchschnittlich 500 Dollar ausgegeben, für einen weissen jedoch 1000 Dollar. Die Lehrer werden nicht besonders für die schwierigen Verhältnisse in den Ghetto-Schulen ausgebildet. Ihr einziger Ehrgeiz ist denn auch Disziplin, die sie mit äusserster Härte zu erreichen suchen. Das Ergebnis dieser Situation sind schlecht ausgebildete Kinder.

Sehr wenige Schwarze besuchen höhere Schulen. In den Slums verlässt fast die Hälfte der Negerschüler vorzeitig die Schule. Die Kinder können auch nicht von ihren Eltern unterstützt werden. 36,9 % der Schwarzen über 25 Jahre sind praktisch Analphabeten. Ein grosser Teil der schulentlassenen Schwarzen müssen ihren Leistungen nach - vor allem im Vergleich zum relativ hohen Bildungsstand in den USA - selbst wieder als Analphabeten bezeichnet werden. Das Problem der Negerschulen liegt nicht darin, dass sie nicht integriert, sondern dass sie so schlecht sind. Wären jedoch Kinder von weissen Eltern in diesen Schulen, würde sicherlich mehr zur Hebung ihres Niveaus getan.

Einsparung von 82 000 Arbeitskräften

Nach dem Leber-Plan sollen in den nächsten fünf Jahren bei der Deutschen Bundesbahn rund 82'000 Arbeitskräfte eingespart werden. Die Gewerkschaft der Eisenbahner hält demgegenüber eine Verringerung der Beschäftigten um höchstens 15'000 bis 20'000 für vertretbar und fordert daher eine Revision des Personalvertretungsgesetzes, um den Eisenbahnern die Mitwirkung in allen Phasen eines Entscheidungsprozesses zu ermöglichen.

Von den genannten Faktoren (Wirtschaft, Wohnungswesen, Ausbildung) kann nicht einer allein als ursächlich bezeichnet werden. Diese drei fundamentalen Bereiche bedingen sich gegenseitig und bilden einen circulus vitiosus, "den Teufelskreis der Armut, in dem den Farbigen gute Arbeitsplätze verweigert werden, so dass sie mit niedrigem Einkommen dasitzen, folglich nicht in der Lage sind, eine gute Ausbildung zu zahlen, mit der sie gute Arbeitsplätze bekommen könnte." (Carmichael). Dieser circulus vitiosus verunmöglicht es, die Stellung der grossen Masse der Neger in der amerikanischen Gesellschaft zu verbessern.

Menschen zweiter Klasse

Die Schwarzen in den USA stehen ihren weissen Mitbürgern bezüglich ihrer materiellen Lebensverhältnisse um vieles nach. Die Diskriminierung der grossen Masse der Neger wird jedoch nicht nur in den genannten Gebieten deutlich. Sie manifestiert sich auch im geistig-seelischen Bereich. Hier gestaltet sie das Leben noch unerträglicher. Die Geschichte der Schwarzen in den USA und ihre heutige gesellschaftliche Stellung prägen die geisig-seelische Lage in fast unkorrigierbarer Weise. Die Schwarzen wurden und werden heute noch als Menschen zweiter Klasse behandelt. Ihr Verhältnis zu den Weissen ist ein Herr-Knecht-Verhältnis. Daran hat die Aufhebung der Sklaverei wenig geändert. Ueberall wird z.B. sorgfältig vermieden, dass ein Weisser von einem Schwarzen einen Befehl erhält (die wenigen schwarzen Offiziere in der US-Armee nehmen Posten auf Abstell-Geleisen ein, sie haben keine Befehlsgewalt); der Schwarze wird meistens geduzt und mit "boy" angesprochen. Beispiele dieser Art von Diskriminierung, die zum Teil auch gesetzlich verankert sind, könnten beliebig angegeben werden. Diese dauernden Diskriminierungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf das seelische Selbstverständnis der Neger.

Notorische Faulenzer

Franz-Josef Strauss, deutscher Finanzminister und Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union (CSU), sprach der deutschen Arbeiterschaft anlässlich des Parteitages der CSU vom 13./14. Dezember 1968 in München ein besonderes "Lob" aus, indem er erklärte:

Die Arbeiter hätten sich während der Unruhen der letzten Zeit nicht mit den linken Kräften solidarisiert und hätten es damit abgelehnt, "notorische Faulenzer" zu unterstützen und gegen ihre eigenen Interessen zu handeln.

Das Selbstbewusstsein der Neger ist geknickt. Sie leiden unter starken Minderwertigkeitsgefühlen. Diese Tatsache ist nicht verwunderlich, werden die Schwarzen doch wirklich wie minderwertige Wesen eingestuft und behandelt. Jeden Tag bekommt der Neger zu hören, dass er " ein faules, verlogenes, lüsternes Tier sei, das durch keinerlei Schulung oder Ausbildung jemals zu einem akzeptablen Bürger werden könnte."

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter steht und fällt mit ihrer Widerstandsfähigkeit gegen die Gewerkschafts-Bürokratie

Daniel Cohn-Bendit

Der Weisse dagegen ist der wohlanständige, intelligente, fleissige Herr. Dieses Denkschema wird den Schwarzen seit bald 400 Jahren durch Politiker, Massenmedien, Lehrer usw. eingetrichtert, so dass er es schliesslich selbst übernommen hat.

Diese Minderwertigkeitsgefühle haben zu einem starken Selbst- und Gruppenhass geführt. Aus Verachtung ihrer eigenen Gruppe versuchen heute Schwarze, aus diesem Bild herauszukommen, indem sie Werte der weissen Gesellschaft (glatte,blonde Haare, vornehme Kleidung, Luxusautos usw.) anstreben. Wegen der materiellen Voraussetzungen und wegen der Diskriminierung durch die Weissen ist den meisten Schwarzen dieses Ziel versagt. So stehen die US-Neger zwischen zwei Welten: sie verachten die schwarze Herkunft und die schwarze Gemeinschaft, der Eintritt in die weisse Gesellschaft bleibt ihnen jedoch gleichwohl versagt. Die Schwarzen sind - als Gesamtheit gesehen - die materiellen und seelischen Sklaven der weissen Gesellschaft geblieben.

Die amerikanische Gesellschaft und das Rassenproblem

Gunnar Myrdahl (ein schwedischer Soziologe, der eine umfassende Studie über das Negerproblem verfasste) bezeichnete das Rassenproblem in den Vereinigten Staaten als "ein amerikanisches Dilemma": die Behandlung der Schwarzen durch die weisse Gesellschaft stehe in krassem Widerspruch zur demokratischen Tradition und zum freiheitlichen Wertgefüge der amerikanischen Gesellschaft. Neuere Untersuchungen haben jedoch diese These widerlegt. Das Rassenproblem in den USA steht nicht im Gegensatz zum amerikanischen Gesellschaftssystem, es ist im Gegenteil nur aus diesem heraus verständlich.
Die Diskriminierung eines Teils ihrer Bevölkerung ist immanenter Bestandteil der amerikanischen Gesellschaft. (Wie weit diese Feststellung auch auf andere Gesellschaften zutrifft, steht hier nicht zur Diskussion). Die weisse Gesellschaft Amerikas ist seit ihrem Beginn rassistisch. Das Rassenvorurteil richtete sich zuerst in grausamster Weise gegen die eingeborene Indianerbevölkerung. Auch andere ethnische Gruppen wurden im Lauf der amerikanischen Geschichte diskriminiert.

Die "Schmelztiegel-Theorie" (verschiedene Rassen hätten sich in den USA reibungslos vermischt) hat sich zum Teil als Mythos erwiesen.

Ewige Knechtschaft

Immer wieder wurde der Versuch unternommen, das Rassenvorurteil gegen die Neger als berechtigt darzustellen. Die einfachste Rechtfertigung fanden die einstigen Sklavenhalter in der Bibel: Ham, der Vorfahre der Neger, sei zu ewiger Knechtschaft verflucht worden.
Die Kirche wehrte sich in den USA, wie auch andernorts, nicht gegen die Sklaverei mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Negerbevölkerung. Mit der Predigt, die Neger würden ihr Glück und ihre Gerechtigkeit im Jenseits schon bekommen, half und hilft sie mit, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Einwände von religiöser Seite gegen das Sklavenhaltersystem kamen später nur von Sekten, z.B. den Quäkern, nicht von der offiziellen Kirche. Bis heute mag sich in den christlichen Kirchen der USA einiges verändert haben.
Die Tatsache, dass die Kirchen (ebenso die kirchlichen Schulen, Spitäler usw.) die am schärfsten getrennten Institutionen Amerikas sind, lässt jedoch nicht zu, diese Veränderungen allzu positiv zu beurteilen. Das Christentum in den USA hat bis heute den eindeutigen Beweis, dass die Diskriminierung der Schwarzen ihrer Lehre zuwiderlaufe, nicht erbracht.

7,1 Prozent Lohnerhöhung

Nach äusserst hartnäckigen Verhandlungen brachte die IG Druck und Papier (Deutschland) einen neuen Lohntarif- und Manteltarifvertrag unter Dach. Beide Verträge bringen wesentliche Verbesserungen für die Arbeitnehmer.

Auf dem Lohnsektor forderte die IG Druck und Papier eine neunprozentige Erhöhung. Die Vertragsparteien einigten sich schliesslich auf 7,1 Prozent.

Die wöchentliche Arbeitszeit ist für den einzelnen Arbeitnehmer auf fünf Tage zu verteilen, wenn betriebliche Erfordernisse dieser Regelung nicht entgegenstehen.

Der Grundurlaub erhöht sich von 17 auf 18 Tage.
Die Gewährung weiterer Urlaubstage ist in Zukunft nicht mehr von einer bestimmten Betriebszugehörigkeitsdauer abhängig, sondern staffelt sich nach dem Lebensalter wie folgt:
ab 25. Lebensjahr 20 Tage
ab 28. Lebensjahr 21 Tage
ab 31. Lebensjahr 22 Tage
ab 33. Lebensjahr 24 Tage

Das zusätzliche Urlaubsgeld wird ab 1. Januar 1969 auf 35 Prozent und ab 1. Januar 1971 auf 40 Prozent des vereinbarten Lohnes angehoben.

Unzivilisiertheit

Eine zweite Rechtfertigung des Rassenvorurteils ist die "Unzivilisiertheit" der Schwarzen Amerikas und der Farbigen überhaupt. Afrika ist für viele Amerikaner immer noch der von Wilden beweohnte Erdteil. Die weissen Rassisten finden ihr Argument in den Ghettos immer wieder bestätigt: die Neger sind ungebildet, schmutzig, unsittlich, kriminell usw. Dass die wahren Gründe dieses Tatbestandes nicht erkannt werden, zeigt die grenzenlose Unwissenheit und Verblendung der weissen Amerikaner.

Meistens wird dieses Argument durch "wissenschaftliche" Ergebnisse untermauert: die schwarze Rasse sei ihrer Erbanlage nach minderwertig. Auch wenn man eine Vererbung charakterlicher und geistiger Eigenschaften überhaupt annehmen könnte, zeigen doch unzählige Beispiele, dass Schwarze zu gleichem wie Weisse fähig sind. Der Mythos der Vererbung zeigt sich auch hier als ein hilfreiches Instrument einer repressiven Ideologie.

Die Erhaltung der Reinheit und der Vorherrschaft der weissen Rasse ist das Ziel der amerikanischen Gesellschaft, nicht das friedliche Zusammenleben verschiedener Volksgruppen. Dieses Ziel manifestieren auch die zahlreichen Versuche der USA, den ehemaligen Kolonialismus der Europäer mit verschiedenen Mitteln weiterzuführen.

Was hinderte die Amerikaner 1945 daran, die Atombombe auf Deutschland statt auf Japan abzuwerfen, wenn nicht ein systemeigenes Rassenvorurteil? Dass die Diskriminierung und das Rassenvorurteil dem amerikanischen Gesellschaftssystem nicht wesensfremd ist, zeigt sich auch in der Wirtschaft. Die geschilderte wirtschaftliche Lage der Neger ist kein Unglücksfall für die amerikansiche Wirtschaft. Sie ist ein "notwendiges Uebel", um das kapitalistische Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten.

Die politische Gleichheit ist unmöglich ohne ökonomische Gleichheit

Michael Bakunin

Die Privatinteressen ziehen aus der Existenz des Negerunterproletariats Nutzen. Die Negerbevölkerung in diese Situation des Unterproletariats zu drängen, war auf Grund der historischen Voraussetzungen für den amerikanischen Kapitalismus leicht zu bewerkstelligen.

Politische Diskriminierung

Die Schwarzen werden auch auf politischem Gebiet diskriminiert, sei es direkt, (Verweigerung des Wahlrechts u.a.) oder sei es indirekt (Manipulation der politischen Grenzen, indirekte Herrschaft u.a.). Die politische Diskriminierung erstreckt sich in den USA aber keineswegs allein auf die

Schwarzen. Auch die Weissen sind politisch ohne Einfluss, es sei denn, sie verfügten über Macht. Die Diskriminierung liesse sich noch in anderen Gebieten aufzeigen, z.B. in der Erziehung. Ueberall zeigt sich jedoch das gleiche Modell: Die USA bilden ein Gesellschaftssystem, in dem immer Menschen diskriminiert werden.
Aus historischen und ideologischen Gründen werden die Schwarzen besonders hart betroffen. Die Lage der Neger ist das Produkt einer Gesellschaft, in der

die Rechte nicht gleichwertig verteilt sind, in deren Ideologie es minderwertige und höherwertige Menschen gibt, in der das Prinzip des Oben und Unten gilt.

Die Black-Power-Bewegung

Neben den vielen Bewegungen, die sich für die Verbesserung der Lage der Neger einsetzen, entstand zu Beginn der Sechzigerjahre die sogenannte Black-Power-Bewegung. Unter diesem Namen werden sehr verschiedene Organisationen zusammengefasst, z.B. das "Student Nonviolent Coordinating Committee" (SNCC), der "Congress of Racial Equality" (CORE). Die bekanntesten Wortführer sind Stokely Carmichael, Rap Brown, Malcolm X usw.

Diese Bewegung ging daran, das Rassenproblem in den Vereinigten Staaten neu zu analysieren. Auf Grund dieser Analyse ist sie zu neuen Methoden und Zielen gelangt. Wie ihre Parole besagt, wollen diese Schwarzen zu einer Position der Stärke, der Macht kommen, um durch ihren Einfluss eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Sie haben eingesehen, dass durch demütiges Bitten, durch Erfolge in der Gesetzgebung, durch Koalitionen mit den Weissen das Rassenproblem nicht beseitigt werden kann. Im folgenden seien nur einige Punkte ihres Programms dargestellt:

Black Power ist der Meinung, dass es sich in den USA vorläufig nicht um die Integration der Schwarzen in die bestehende weisse Gesellschaft handeln kann. Wesentlich ist der Aufbau eines eigenständigen schwarzen Gemeinwesens.

Die Negergemeinschaft in den USA soll nicht weiterhin von der weissen Machtstruktur bestimmt werden. Die Black-Power-Bewegung verlangt deshalb die Selbstbestimmung, und zwar auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Weil das Negerproblem ein Produkt der jetzigen Gesellschaftsordnung ist, muss eine neue Gesellschaft geschaffen werden. Das Ziel ist eine Gesellschaft, "die auf freien Menschen beruht". (Carmichael).

Konsequenzen eines Generalstreiks

Langsamarbeit, Verweigerung von Ueberstunden- und Sonntagsarbeit und schliesslich ein Generalstreik im britischen Postwesen haben die Regierung gezwungen, den Forderungen der Telegraphenangestellten nachzukommen und ihnen eine Lohnerhöhung von 5 Prozent plus 2 Prozent Bonus als Produktivitätsentschädigung für die Einführung eines neuen halbautomatischen Systems im Telegraphendienst zu bewilligen. Dieser Erfolg ist umso beachtlicher, wenn man beachtet, dass mit dieser Lohnerhöhung die von der Regierung festgesetzte Lohnleitlimite von 2,5 Prozent wesentlich überschritten wurde.

Umgekehrter Rassismus

Weisse Amerikaner werfen der Black-Power-Bewegung vor, sie vertrete nichts als einen umgekehrten Rassismus, der die Integration erschwere oder sogar verunmögliche. Die Antwort der Black-Power-Bewegung auf diesen Vorwurf ist sehr deutlich: Die Black-Power-Bewegung (kann) nicht verglichen werden mit dem Treiben der weissen Rassisten, denn "Black-Power hat keine Weissen gelyncht, keine Bomben in ihre Kirchen gelegt, nicht ihre Kinder ermordet oder Gesetze und Institutionen manipuliert, um die Unterdrückung aufrecht zu erhalten."

Der als Extremist verschrieene Malcolm X erklärte:
"Ich bin kein Rassist. Ich bin gegen jede Form von Rassismus und Rassentrennung, gegen Diskriminierung jeder Art. Ich glaube an den Menschen und ich bin der Meinung, dass jedes menschliche Wesen als solches geachtet werden muss, ohne Ansehen seiner Hautfarbe."

Interessenten, die bei der Gestaltung der Zeitschrift «aspekte» mitarbeiten möchten, melden sich bei:
Fortschrittliche Gewerkschafter Zürich
Postfach 166, 8025 Zürich

Zum Problem der Gewalt

Der zweite schwere Vorwurf gegen die Black-Power-Bewegung betrifft ihre angebliche Gewalttätigkeit.
Diese Beschuldigung wird auch bei uns von Presse, Fernsehen usw. vertreten und verbreitet. Wir zitieren zu diesem Problem einige der Wortführer der Black-Power-Bewegung.
Stokely Carmichael und
Charles Hamilton: "Wir sind der Ansicht, man müsse den rasenden weissen Pöbel und den weissen Terroristenbanden zu verstehen geben, dass die Zeiten, in denen sie ungestraft Prügel austeilen konnten, vorbei sind. Schwarze sollen und müssen zurückschlagen".
Rap Brown: "Aber wer sind die wirklichen Verbrecher? Wer hat uns aus Afrika gerissen? Wer hat sich unsere Arbeitskraft seit vierhundert Jahren angeeignet, um dieses Land aufzubauen? Wer sind die wahren Mörder? Weshalb werden die Polizisten, die uns tagtäglich und alle die Jahre hindurch in den Strassen niederschiessen nicht als Mörder betrachtet."

Malcolm X: "Ich bin nicht für Gewalt. Wenn wir die Anerkennung und die Achtung unseres Volkes auf friedlichem Wege erreichen könnten, wäre das sehr schön. Jeder möchte sein Ziel lieber auf friedliche Weise erreichen. Aber ich bin Realist. Wenn in diesem Lande von jemand Gewaltlosigkeit verlangt wird, dann immer nur von den Schwarzen."

Mit dem Ziel einer neuen Gesellschaft stellt sich die Black-Power-Bewegung in einen grösseren Zusammenhang. Ihre Lehre bekommt eine Bedeutung, die nicht nur die Interessen der Schwarzen Amerikas betrifft, sondern für alle Menschen, die unter Benachteiligung und Unterdrückung leiden, revolutionären Charakter hat. Sie zieht sich denn auch in einem engen Zusammenhang mit der Studentenbewegung und dem internationalen Befreiungskampf der "Dritten Welt".

H. H.

Literaturhinweise

Baran, Paul A./Sweezy, Paul M.: Monopolkapital, Frankfurt/M. 1967 (besonders S. 239 - 270).
Black Power. Dokumentation. Reden von Carmichael, Brown, Malcolm X. Uebersetzung, Vorwort, Anhang, Herausgabe durch Arbeitskollektiv Baur, Dutschke, Hammer, Hoornweg, Petermann. Berlin o.J. (1968) (Kleine revolutionäre Bibliothek 2).
Black Power. Die Ursachen des Guerillakampfes in den Vereinigten Staaten, Frankfurt/M. 1967 (Voltaire Flugschrift 14).
Burn Baby Burn. Die Schwarze Revolte, hrsg. von E. Reavies, Darmstadt 1968.
Carmichael, Stokely/ Hamilton, charles V.: Black Power. Die Politik der Befreiung in Amerika, Stuttgart 1968.
Malcolm X: Der schwarze Tribun: Malcolm X. Eine Autobiographie, Frankfurt/M. 1966.
Masnata, Francois: Pouvoir blanc. Révolte noire. Paris 1968 (Petite Bibliothèque Payot 115)
NOW - Der schwarze Aufstand, München 1968. (trikont aktuell 4).

Die innergewerkschaftliche Kritik ist eine Waffe zur Beseitigung der Gewerkschaftsbürokratie und ein Mittel zur Stärkung der Kampffähigkeit der Lohnabhängigen gegen ihre Ausbeuter.

aspekte-abonnement

Die Zeitschrift «aspekte» erscheint in loser Folge, aber mindestens 12 mal im Jahr. Zu speziellen Themen werden Sondernummern erscheinen.

Die Abonnementskosten betragen Fr. 20.- pro Jahr.

Abonnementsbestellungen sind zu richten an: Fortschrittliche Gewerkschafter Zürich, Postfach 166, 8025 Zürich 25

Fremdarbeiter 1969 eine Bestandesaufnahme

Das Problem der Fremdarbeiter, der Gastarbeiter, der ausländischen Arbeitskräfte oder wie man es auch nennen will, bedarf dringendst einer Lösung.
Vor allem muss die nun seit Jahren andauernde Diskussion, die zumeist auf rein emotionaler Basis beruht, versachlicht werden. Als einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion erachten wir den nachfolgenden Text, der von Giovanni Blumer, Franco Beltrametti, Christoph Beriger, Judith Danciger und Elisabeth Graf verfasst und im "Vorwärts" sowie im "Hotcha" bereits veröffentlicht wurde.

Die Redaktion

*

Zu was anderem taugen denn unsere Institutionen, wenn nicht um das demokratische Funktionieren unserer Gesellschaft zu garantieren?
Die Schweiz hat die Uno-Charta der Menschenrechte nicht deshalb noch nicht unterschrieben, weil sie glaubt, deren Geist und Buchstabe nicht respektieren zu können, sondern aus Gründen, so gibt man wenigstens vor, technisch-verfassungsmässiger Art. Doch allzu zaghaft wird dies zugegeben.

In Wirklichkeit geniessen fast 15 Prozent der ansässigen und 60 Prozent der aktiven Bevölkerung die von der Uno-Charta geforderten Rechte nicht, ja diese Rechte werden durch Gesetze, Reglemente und Direktiven, die den davon Betroffenden oft genug nicht bekannt sind und manchmal überhaupt der Oeffentlichkeit nicht zugänglich sind, ausdrücklich negiert.

Die Tatsache, dass die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte für die schweizerische Wirtschaft eine permanente Erscheinung ist, wird sogar in den offiziellen Verlautbarungen zugegeben. Der italienische, spanische, türkische, griechische Arbeiter ist ein Bestandteil der schweizerischen Realität.

Wenn seine für die Produktion notwendige Präsenz in unserem Lande sich noch nicht in eine Mitwirkung auf sozialer und politischer Ebene gewandelt hat, so hat man dies den Bremsklötzen und Schwierigkeiten juristischer und administrativer Art zu verdanken, die dazu beigetragen haben, beim Schweizer Bürger jene besondere Haltung den Ausländern gegenüber zu entwickeln, deren mehr oder weniger differenzierter Ausdruck von den rassistischen und faschistischen Initiativen gegen die "Ueberfremdung" bis zum vagen und nebelhaften Eingeständnis dessen, was in Wirklichkeit geschieht, reichen kann: die menschliche Isolation der Eingewanderten und der schweizerischen Bevölkerung selber.

Es ist dies eine Krisensituation. Wenn wir die Probleme der ausländischen Arbeitskräfte zur Diskussion stellen, so deshalb, weil es schweizerische Probleme sind, Probleme der gesamten ansässigen Bevölkerung und der Gesellschaft.

Die Voraussetzungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems Europas ist die grosse Beweglichkeit der Investitionen, der Güter und der Arbeitskräfte.
Wenn aber die grosse Beweglichkeit der Investitionen und der Güter von Gesetzgebern und Verwaltungen garantiert werden, so wird die Arbeitskraft,

Die seltsamen Methoden des Schwarzenbach-Klans

Die Aktivität der "Nationalen Aktion gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat", Präsident Dr. James Schwarzenbach, treibt ganz besondere Blüten. Ziel ihrer derzeitigen Werbeaktionen sind Schweizer, die auf Wohnungssuche sind. Aus der simplen Ueberlegung heraus, dass Wohnungssuchende in ihrer Notlage ansprechbarer sind für die unsachlichen Argumente der Schwarzenbach-Anhänger, werden diese einer Spezialbehandlung unterzogen. Dies geschieht folgendermassen:
Ein Schweizer sucht mittels eines Zeitungsinserates eine Wohnung. Kurz darauf findet er in seinem Briefkasten einen Briefumschlag der "Nationalen Aktion gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat". Dessen Inhalt spricht deutlich für das Niveau der Fremdenhetzer:

1.
Auf einem Fresszettel (Briefpapier für Schweizer Soldaten) aufgeklebt findet der Wohnungssuchende sein Inserat wieder, ergänzt durch einige Inserate ausländischer Wohnungs- und Stellensuchender (siehe nebenstehende Dokumentation!).

2.
Eine Kopie der amtlichen Geburtenpublikation aus dem "Tagblatt der Stadt Zürich" vom 6. Mai 1968. Die Ausländer-Kinder sind alle fein säuberlich unterstrichen. Eine beigefügte Statistik klärt auf, dass von den insgesamt 48 publizierten Geburten 22 Ausländer sind, was einem Prozentsatz von 45,8 entspricht.

3.
Selbstverständlich fehlen auch Unterschriftenbogen für die 2. Ueberfremdungsinitiative und Einzahlungsschein nicht.

Dieser Versuch, Schweizer Bürger nach dem Modell der Nationalsozialisten von den wahren Ursachen ihrer unbewussten Unzufriedenheit auf einen Sündenbock in der Gestalt der Ausländer abzulenken, hat Erfolg. Das zeigt die Tatsache, dass bereits genügend Unterschriften zur Einreichung der 2. Ueberfremdungsinitiative eingebracht wurden.

Wohnprobleme?
Warum ?

Junger Sekundarlehrer sucht (60893iw
2—3-Zimmer-Wohnung
(auch Altwohnung mit Bad).
Telephon 28 86 57

D a r u m !!

Zwei jugosl. Studenten suchen für 2—3 Monate Arbeit. Wegen ungenügenden Sprachkenntnissen wäre handwerkliche oder manuelle Arbeit erwünscht.
Offerten unter Chiffre L E 6444 an das Tagblatt, 8022 Zürich. (60759sm

24jähriger Amerikaner mit Lehrer-Diplom sucht (105646sm
Arbeit in der Schweiz
Ihre Offerte erreicht uns
Fam. Schenker, Griesernweg 33, 8037 Zch., Telephon 42 46 62

Büromaschinenmechaniker
21jährig, Deutsch-Schwede, seit 1½ J. in der Schweiz, in ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis. Eintritt nach Vereinbarung. (O443sm
Offerten unter Chiffre O L 3570 an das Tagblatt, 8022 Zürich

Italiener sucht per sofort Stelle als
Hilfsarbeiter
oder in Hotel-Restaurant, mit Kost und Logis. — Telephon 28 09 85, von 8—13 und 19-20 Uhr, Frau Burgert verlangen (60763sm

Deutsche Sekretärin sucht (60840iz
möbliertes Zimmer
ab sofort, mit Badbenützung. Mögl. Kr. 8. Heberlein, Tel. 32 55 51 von 19—22 Uhr

Ruhiger Italiener sucht Zimmer m. Bad od. Dusche u. Küche in Oerlikon od. Seebach, Zins 150/170. Offerten unt. Chiffre B J 6748 an das Tagblatt, 8022 Zürich. (81093iz

Büroangestellte
36jährige Deutsche, seit 5 Jahren in Zürich, sucht neuen Wirkungskreis.
Geboten wird exakte Arbeit, Maschinenschreiben, Einkaufs- und Verkaufspraxis. Einige Kenntnisse in Franz., Ital. und Engl. Angebot mit Gehaltsangabe unter Chiffre L Z 6407, Tagblatt, 8022 Zürich. (60811sw

24jähr. Italiener sucht Stelle als (40793sm
Hilfsmagazinar
od. Mitfahrer. Seit 5 Jahren in der Schweiz. Offerten an Tel. 42 38 80

Junger Italiener
viele Jahre in der Schweiz, sucht für Samstag Beschäftigung für längere Zeit, gleich welcher Art. — Tel. (051) 92 10 54 (O423sm

d.h. der Mensch, lediglich als Instrument und nicht als Subjekt behandelt. So hat sich im europäischen Raum ein grosses politisches Vakuum gebildet. Eine grosse Anzahl von Menschen verliert die Möglichkeit, für die Verteidigung ihrer Rechte und Interessen ihrem Einfluss konkreten Ausdruck zu verleihen, sowohl auf der Ebene der politischen Entscheidungen wie auch in sozialer Hinsicht.

Man könnte meinen, dass es spezifische Interessen sind, die diese Massen von der aktiven Beteiligung tendenziell ausschliessen, und dies nicht nur im Lande, wo sie Arbeit suchen, sondern auch im Ursprungsland.

Wenn die Investitionen nicht mit der Nationalität behaftet sind, so haben die Arbeitskräfte einen Pass, oft ist es alles, was sie haben. In der Schweiz wird jede politische Tätigkeit der ausländischen Ansässigen, das heisst jeder Wille, einem Minimum an Freiheit einen konkreten Ausdruck zu geben, mit einer Haltung begegnet, die von der Toleranz bis zu den zahlreichen Landesverweisungen reicht. Es ist deshalb notwendig, endlich mit einer kritischen Bestandesaufnahme zu beginnen (durch Gespräche am runden Tisch, Podiumsgespräche, Versammlungen und Diskussionen usw.). Als Beitrag unterbreiten wir allen Einwohnern, die hier leben und arbeiten, und allen Aemtern und Vereinen den Vorschlag, zu den folgenden Punkten klar Stellung zu beziehen:

*

a) Es ist unumgänglich und notwendig zu erreichen, dass die Bedingungen erfüllt werden, die es unserem Lande erlauben, die Uno-Charta der Menschenrechte zu unterschreiben und allen Verträgen über die Emigration beizutreten, die vom Internationalen Arbeitsamt in Genf ausgearbeitet wurden.

*

b) eine gültige Definition der Integration muss gefunden und jene Hürden müssen beseitigt werden, die sie verunmöglichen. Eine Politik muss formuliert werden, die den Gegebenheiten der Wirklichkeit Rechnung trägt und darüber die Forderungen und Hoffnungen der ausländischen Arbeitskräfte nicht vergisst. Eine derartige Politik wäre undenkbar, wenn an ihrer Ausarbeitung die repräsentativen Vereine der Eingewanderten nicht beteiligt wären. (Als Beispiel seien für die Italiener die Colonie Libere Italiane in der Schweiz genannt, die es bereits seit 37 Jahren gibt.)

*

c) die herrschende Situation kennt Aspekte, die nicht auf die Ausarbeitung dieser Politik warten können, um beseitigt zu werden. Ihre beschlossene Beseitigung wäre im Gegenteil erst die Voraussetzung einer solchen Politik. Beispiele seien hier nur einige genannt:

*

1. Alle Einwanderer müssen an der Grenze eine sanitäre Untersuchung über sich ergehen lassen. Ist es nicht etwa eine Massnahme der psychologischen Einschüchterung, als solche wird sie von den Betroffenen empfunden, die mit keinerlei prophylaktischen Garantien verbunden ist? Es ist eine Diskriminierung. Für Touristen wird eine derartige Untersuchung weder gesetzlich vorgeschrieben noch verlangt.

*

2. Die zweite Begegnung mit dem "Gastland": die Fremdenpolizei. Schon allein ihre Existenz beweist die diskriminierende Haltung dem Einwanderer gegenüber. Wäre es nicht an der Zeit, ein Instrument abzuschaffen, dessen Funktion es ist, dem Einwanderer beizubringen, dass für ihn die

Argumente der Vergangenheit überzeugen nicht mehr

Wir sind gegenwärtig an einem Punkt der gesellschaftlichen Entwicklung, an dem Argumente der Vergangenheit für die Aufrechterhaltung des status quo nicht mehr überzeugen können. Unsere Gesellschaft ist nicht mehr irgendwelchen Gesetzmässigkeiten ausgesetzt, sie ist von Menschen veränderbar geworden.

Prof. Claessens (Soziologe)

Gesetze anders sind? Der Raum für Verwaltungswillkür und -missbrauch ist um so grösser, als die einschlägigen Reglemente einer kritischen Prüfung durch die Oeffentlichkeit entzogen sind. Wieviele Schweizer Bürger kennen alle Reglemente, die dem Einwanderer vorschreiben, was er tun kann, aber vor allem, was er nicht tun darf, und wieviele Schweizer würden sie unterschreiben?

Worauf wartet man eigentlich, um alle diese Reglemente zu veröffentlichen?

Auch wegen nur geringfügigen Rechtsverletzungen werden Ausländer ohne jegliche Rekursmöglichkeit ausgewiesen. Es ist eine Beleidigung ihrer Würde, es ist eine Beleidigung der demokratischen schweizerischen Rechtssprechung. Die Fremdenpolizei muss den normalen gerichtlichen Instanzen untergeordnet werden.

*

3. Nachdem er die sanitärische Untersuchung durchlaufen und der erste Kontakt mit der Fremdenpolizei stattgefunden hat, gelangt der Einwanderer an seinen Arbeitsplatz. An diesem Arbeitsplatz herrscht "Friede", er ist 32 Jahre alt. Die Vereinbarung über den Arbeitsfrieden wurde zwischen Arbeitgeberschaft und Gewerkschaften im Jahre 1937 getroffen. Ein einzelner individueller Konflikt kann sicher diese Vereinbarung nicht hinfällig werden lassen: die Emigration ist ein Phänomen der Einzelfälle, 700 000 Einzelfälle. Wenn sich ein Konflikt zwischen einem einzelnen eingewanderten Arbeitnehmer und Arbeitgeber anbahnt, ist die Gewerkschaft bestimmt nicht bereit, diese Vereinbarung in Frage zu stellen, um ihn zu verteidigen, um so weniger, wenn er nicht eingeschriebenes Mitglied ist. Ein Werkzeug ist wertvoll, wenn es zu etwas zu gebrauchen ist. Die Gewerkschaft kann es nicht im Namen des Arbeitsfriedens unterlassen, die Arbeiterschaft zu verteidigen. Der Arbeitsfriede mag eine schöne Sache sein, aber nur unter der Bedingung, dass alle dessen Vorzüge geniessen. Wer zu viert und mehr je Zimmer in Baracken haust, ist nicht in der Lage, diese Vorzüge zu schätzen. Wie soll man es anstellen, ihnen diese Vorzüge klarzumachen? Indem man die Baracken abschafft oder indem man die Vereinbarung von 1937 in Frage stellt?

*

4. Nicht alle Einwanderer wohnen in Baracken. Viele würden Frau und Kinder nachkommen lassen, nachdem die vorgeschriebenen Jahre verstrichen sind und sie über eine Wohnung verfügen würden. Dies wäre ein wichtiges Element der Stabilität und würde Anpassungsschwierigkeiten und psychologische Handicaps verringern.
Der schweizerisch-italienische Vertrag über die Einwanderung sieht zum Beispiel vor, dass: "Die Bewilligung, die Familie nachkommen zu lassen, wird nur erteilt, wenn diese über eine angemessene Wohnung verfügt." (Artikel 2 der gemeinsamen Erklärung.) Wer hat darüber zu befinden, ob eine Wohnung angemessen ist, und wie kann man diese finden, wenn es nicht einmal eine Politik des sozialen Wohnungsbaus gibt?

Opfer der Repression

Direktion und Personal der Edouard Dubied & Cie SA teilten den Tod ihres "Mitarbeiters" Alessandro Ghidini mit. Elf Jahre war der Verstorbene offenbar zur allgemeinen Zufriedenheit für die Firma tätig, bis er kürzlich entlassen und ihm auch die betriebseigene Wohnung gekündigt wurde (was nicht mehr in der Todesanzeige steht). Die Firma verschwieg auch, dass Ghidini auf ein Chiffreinserat geantwortet hatte, in dem für einen Betrieb in seiner italienischen Heimat ein Mann mit eben seinen beruflichen Qualitäten gesucht wurde, dass das Inserat von der Dubied-Filiale Mailand aufgegeben worden war und dass das Bewerbungsschreiben des Ghidini von der Generaldirektion in Neuenburg weiter "bearbeitet" wurde. Diskret, versteht sich, denn als Kündigungsgrund musste natürlich etwas anderes herhalten. Und diskret geht die Firma auch über den Umstand hinweg, dass der seiner Arbeit und seiner Wohnung ledig werdende Familienvater sich auf dem Weg zur Arbeit das Leben genommen hat. Die volle Wahrheit hätte das Gesicht des Paternalismus der Dubied enthüllt.

Quelle: "Vorwärts" Nr. 12 vom 20.3.1969

5. Hat man einmal die Wohnung und sind Frau und Kinder bereits da, beginnen die komplizierten Probleme erst. Man benötigt Kinderkrippen und Kindergärten. Es ist eine ausgemachte Sache, dass die Schwierigkeiten enorm sind. Die Schweizer sagen: Kinderkrippen und Kindergärten reichen nicht einmal für uns, und dieses Argument kann zur Anklage gegen die Ausländer werden, deren Söhne die Plätze der Schweizer besetzen. Nun, auf welcher Basis berechnen die Behörden die Forderungen der Infrastruktur? Berücksichtigt man die ganze ansässige Bevölkerung oder allein die Schweizer Bürger?

*

6. Vieles trägt dazu bei, die Ausländer ihre provisorische Situation spüren zu lassen, so dass viele Eltern ihre Kinder in das Ursprungsland zurückschicken, sobald diese das Schulalter erreicht haben; auch eine Art, der Hoffnung Ausdruck zu geben, selber wieder nach Hause zu gehen. Sehr oft aber eine Täuschung. Es gibt Leute, die ihre bereits schulpflichtigen Kinder kommen lassen: für diese ist nichts vorgesehen. Es sind Zehntausende von Schülern und berücksichtigt man die Versetzungen, Zehntausende von verlorenen Jahren. Jene Eltern, die ihre Kinder hier zur Schule schicken, haben den begründeten Verdacht, dass man mit der Ausrede der Sprachschwierigkeiten ihre Kinder diskriminiert. Nicht zu Unrecht, denn die Kinder von ausländischen Arbeitern, die höhere Schulen besuchen, kann man an einer Hand abzählen. Man unternimmt auch nicht das geringste, um diesen Schülern die Muttersprache beizubringen. Warum schafft man nicht zweisprachige Schulen und dies vom Kindergarten an ? Sie wären auch für unsere Kinder nützlich.

*

7. Nur noch sieben Prozent der schweizerischen Bevölkerung gehören dem Bauernstand an, das heisst, dass für die steigenden Bedürfnisse der Industrie die Reserve an einheimischen Arbeitskräften ausgeschöpft ist. Der Einflussbereich der schweizerischen Industrie reicht auch in bezug auf den Bedarf an Arbeitskräfte weit über die politischen Grenzen hinaus. Er umfasst Gegenden, die geographisch weit abgelegen sind: Sizilien, Apulien, Spanien, Jugoslawien, Griechenland, Türkei, wo die Arbeitskraft vorhanden ist, weil die Bauern gezwungen sind, ihre Felder zu verlassen.

Ein Bauer hat seinen Beruf erlernt. Er kann aber auch Mechaniker oder Ingenieur werden. Früher importierte man nur Arbeiter. Seit man mit Bauern vorlieb nehmen muss, hat man nichts unternommen, um sie entsprechend aus- und weiterzubilden. Worauf wartet man, um endlich Schulen einzurichten, die der Fortbildung dienen sollen und die von Gemeinden, Kantonen und Eidgenossenschaft subventioniert werden? Dass sie nicht vorhanden sind, ist an sich schon ein Akt der Diskriminierung.

*

8. Zahlreich sind die Unfälle am Arbeitsplatz, auch mit tödlichem Ausgang. Unverhältnismässig oft sind ihre Opfer Ausländer. Das ist unter anderem auch ein Gradmesser für die Art der Arbeit, die sie verrichten, und man muss sich die Frage stellen, wie es um die Sicherheit am Arbeitsplatz bestellt ist. Es ist sehr bequem, im Auto und im Zug Brücken und Tunnels zu befahren und zu denken, die Ingenieure seien tüchtig. In einigen Kantonen gab es früher eine Tradition, die wollte, dass nach jedem Todesfall am Arbeitsplatz die Arbeitskollegen einen Proteststreik durchführten. Diese Tradition hat sich verloren, es ist dies kein Zeichen guter Gesundheit. Soll es etwa heissen, dass heute ein Leben weniger wichtig geworden ist?

*

9. Die Arbeitskräfte teilt man in Schweizer und Ausländer ein. Den Ausländern hängt man überdies noch einen ganzen Katalog von weiteren Etikettierungen an. Grenzgänger, Saisonarbeiter, mit oder ohne Niederlassung, Ausgewiesene usw. Die sympathischsten und bequemsten sind die Grenzgänger. Sie arbeiten, kaufen ein und bezahlen die Steuern zum Teil hier, schlafen zu Hause. Dann kommen die Saisonarbeiter. Sie schlafen in Baracken, und wenn die Bewilligung abgelaufen ist, können sie dann zu Hause arbeitslos sein. Sie wissen nicht, ob sie nächstes Jahr wieder einen Arbeitsvertrag haben werden und ob sich das Recht haben, wieder bei uns zu arbeiten.
Gäbe es nur Saisonarbeiter, würde niemand die Ausländer bemerken. Die

Saisonarbeiter haben nicht das Recht, ihre Familie mitzubringen. Jemand, der zehn bis elf Monate hier arbeitet, als Saisonarbeiter einzustufen, ist sehr bequem, aber mit welchem Recht tut man das? Wieviele Komplikationen braucht es eigentlich, um die Wirklichkeit unverständlich erscheinen zu lassen? Die Saisonarbeiter sind über 150 000. Ihre Lebensweise, ihre getrennten Familien, ihr Mangel an sozialer Sicherheit sind nicht die Folgen zufälliger Gegebenheiten, sondern der Gesetze. Die Einstufung als Saisonarbeiter muss abgeschafft werden, sie bedeutet Diskriminierung und Unterdrückung.

*

10. Wenn es eine obligatorische sanitäre Untersuchung an der Grenze gibt, wenn man ins Land kommt, warum gibt es keine, wenn man es verlässt. Jemand kommt nur ins Land, wenn er gesund ist, sonst ist nichts zu machen. Er arbeitet, erkrankt, geht nach Hause, um zu genesen. Wenn er wieder kommen will, bevor er vollständig genesen ist, wird ihm das verwehrt. Aber es gibt Schlimmeres. Einmal zu Hause, bemerkt er, dass er ein Opfer einer Berufskrankheit geworden ist. Es gibt eine ganze Reihe solcher Krankheiten: Silikose, Zementekzem, Rheuma, Schwerhörigkeit, Erblindung. Niemand bezahlt.

*

11. Wir entscheiden leichtfertig für andere und oft zu ihren Ungunsten. Beispiele: die Einführung des Gesetzes der Quellenbesteuerung für Ausländer oder die nicht übertragbaren Pensionskassen. Wenn wir die Ausländer befragen würden, könnten sie uns zahlreiche andere Beispiele nennen.

*

12. Bis jetzt hat man dem konservativsten Teil der Schweiz jene Form der Diskriminierung zu verdanken. Dank auch der Gleichgültigkeit aller anderen, die somit mitverantwortlich werden. Es ist notwendig, dass sich dies ändert, und zwar in absehbarer Zeit.

Denn zu was anderem würden unsere Institutionen taugen, wenn sie das demokratische Funktionieren unserer Gesellschaft nicht garantieren?

*

Franco Beltrametti, Giovanni Blumer, Christoph Beriger, Judith Danciger, Elisabeth Graf.

DAF
Der andere Film

Sonntag, den 30. März 1969
Les Apprentis
(Tanner - Interviews mit Lehrlingen über ihre Probleme und Weltanschauungen)

Sonntag, den 13. April 1969
Paragito
(Indien - 2. Teil Pater Poncali)

Sonntag, den 20. April 1969
Kubanische Kurzfilme
1. Hasta la victoria siempre
2. Realengo 18 (über Camillo Torres)

Sonntag, den 27. April 1969
Kubanische Kurzfilme
1. Historia de la victoria
2. Ciclou
3. Carnet de voyage
4. Assemblea generale
5. Now (Black Power)

Die Filmvorführungen finden jeweils um 11.00 Uhr im Cinema Etoile statt. Anschliessend Diskussion.
Neue Mitglieder bitten wir, 15 Min. vor Beginn der Vorstellung ihre Karten zu lösen.

Agitation

Agitationszeitschrift der Fortschrittlichen Arbeiter, Schüler und Studenten (FASS).

Bezugsquelle: AGITATION
Postfach 329
8025 Zürich

Gesucht

Verkäufer für die Zeitschrift «aspekte». Umsatzbeteiligung.

Interessenten melden sich bei:
Fortschrittliche Gewerkschafter Zürich
Postfach 166, 8025 Zürich

Arbeitsgemeinschaft Junger Gewerkschafter

Hamburg/Schleswig-Holstein

Die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft Junger Gewerkschafter aus Hamburg und Schleswig-Holstein hat in Kiel am 25. Januar 1969 die folgenden Thesen beschlossen. Sie stellen sie zur Diskussion. Um den Charakter der Vorläufigkeit zu unterstreichen, werden sie weiterhin als Entwurf bezeichnet. Sie fordern alle jungen Gewerkschafter auf, an der Diskussion teilzunehmen.

Sie fordern alle jungen Gewerkschafter auf, sich in unabhängigen Arbeitsgemeinschaften Junger Gewerkschafter zusammenzuschliessen.

Arbeit gewerkschaftlicher Jugendgruppen und junger Gewerkschafter

1.
Lehrlingsdemonstrationen und oppositionelle Aktionen wurden zwar auch von jungen Gewerkschaftern getragen und teilweise auch organisiert.
Die Initiative und politische Leitung lag jedoch allein bei sozialistischen, teilweise sogar stalinistischen Gruppen. Wegen des Versagens der Gewerkschafter sind deren Aufgaben von anderen Verbänden übernommen worden, und Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes traten nur noch aus Gründen der politischen Optik als Redner in Erscheinung.

2.
Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist vorwiegend auf reine Wissensvermittlung ausgerichtet. Die Schaffung eines kritischen gesellschaftlichen Bewusstseins ist zumindest nicht vorrangiges Ziel. Auf Druck der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind in letzter Zeit weitere Einschränkungen vorgenommen worden. Sie betreffen den Lehrplan, die Auswahl von Referenten und Schulungsmaterialien.

3.
Die arbeit vieler gewerkschaftlicher Jugendgruppen wird zunehmend behindert, obwohl es immer noch Ausnahmen gibt. Ihnen werden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Räumen gemacht, die Finanzierungsmittel gekürzt oder gesperrt, die Arbeit auch technisch behindert (Vorenthalten von Adressen, verzögerte Versendung von Einladungen, langsame Bearbeitung von Referentenanforderungen). Ein Teil der hauptamtlichen Funktionäre fürchtet offenbar das Entstehen einer organisierten Opposition, die sie stürzen könnte.

4.
Jugendarbeit in Betrieb und Berufsschule findet kaum gewerkschaftliche Beachtung. Junge Gewerkschafter sind sich selbst überlassen.

5.
Die Beschlüsse der Kongresse des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der Einzelgewerkschaften und der Jugend über die Erhaltung der Demokratie (Notstandsgesetze, Bewältigung der Vergangenheit), des Friedens und der Abrüstung (Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, Atomwaffen in Mitteleuropa, Anerkennung der Grenzen, überzeugende Entspannungspolitik), der Demokratisierung der Betriebe, der Wirtschaftspolitik und Reformen in der Gesell-

schaft bleiben leere Erklärungen und haben keine Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit und die gewerkschaftliche Politik.

Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft

1.
Die Arbeitsgemeinschaft Junger Gewerkschafter hat folgende Ziele: Bildungsarbeit zur Schaffung eines kritischen Bewusstseins ihrer Mitglieder und Anhänger, Organisierung junger Gewerkschafter in Betrieben und Berufsschulen zu Aktions- und Diskussionsgruppen, Durchführung von Demonstrationen und Aktionen.

2.
Diesem Ziel dienen folgende Massnahmen:
Herausgabe eines Informationsdienstes, in dem über Aktionen und Erfahrungen berichtet wird, Anregung gegeben und Materialien für die tägliche Agitation mitgeteilt werden. Austausch von Referenten, Erarbeitung von Informations- und Schulungsmaterial, Durchführung regelmässiger Schulungen auf örtlicher und regionaler Basis, Erarbeitung spezieller Materialien für die Arbeit in den einzelnen Betrieben und Berufsschulen, Erarbeitung eines Aktionsprogramms aufgrund der politischen Erfahrungen.

Organisationsrichtlinien

1.
Die Arbeitsgemeinschaft Junger Gewerkschafter setzt sich aus jungen Mitgliedern der Einzelgewerkschaften des DGB zusammen. Sie vertreten das Grundsatzprogramm des DGB. Sie wollen aber unbeeinflusst von der Vorherrschaft eines Apparates eine eigenständige Arbeit leisten. Die Arbeitsgemeinschaft verzichtet damit auf jede äussere finanzielle Unterstützung.

2.
Es ist nicht das Ziel der Arbeitsgemeinschaft, eine Fraktion im DGB zu bilden, Vorstände zu besetzen oder Tagungen zu manipulieren. Sie empfiehlt ihren Mitgliedern, sinnvolle gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen weiter zu nutzen, in Jugendgruppen und gewerkschaftlichen Gremien und Organisationen mitzuarbeiten, wenn und wo es ihnen sinnvoll erscheint.

3.
Die Arbeitsgemeinschaft bildet örtliche Gruppen und Stützpunkte. Für die Erledigung der organisatorischen Aufgaben und zur Vertretung nach Aussen werden von den Organisationseinheiten Arbeitsgruppen gebildet, die nach dem Räteprinzip arbeiten. Die Sitzungen der Arbeitsgruppe sind jedem Mitglied zugänglich.

119 Hinrichtungen

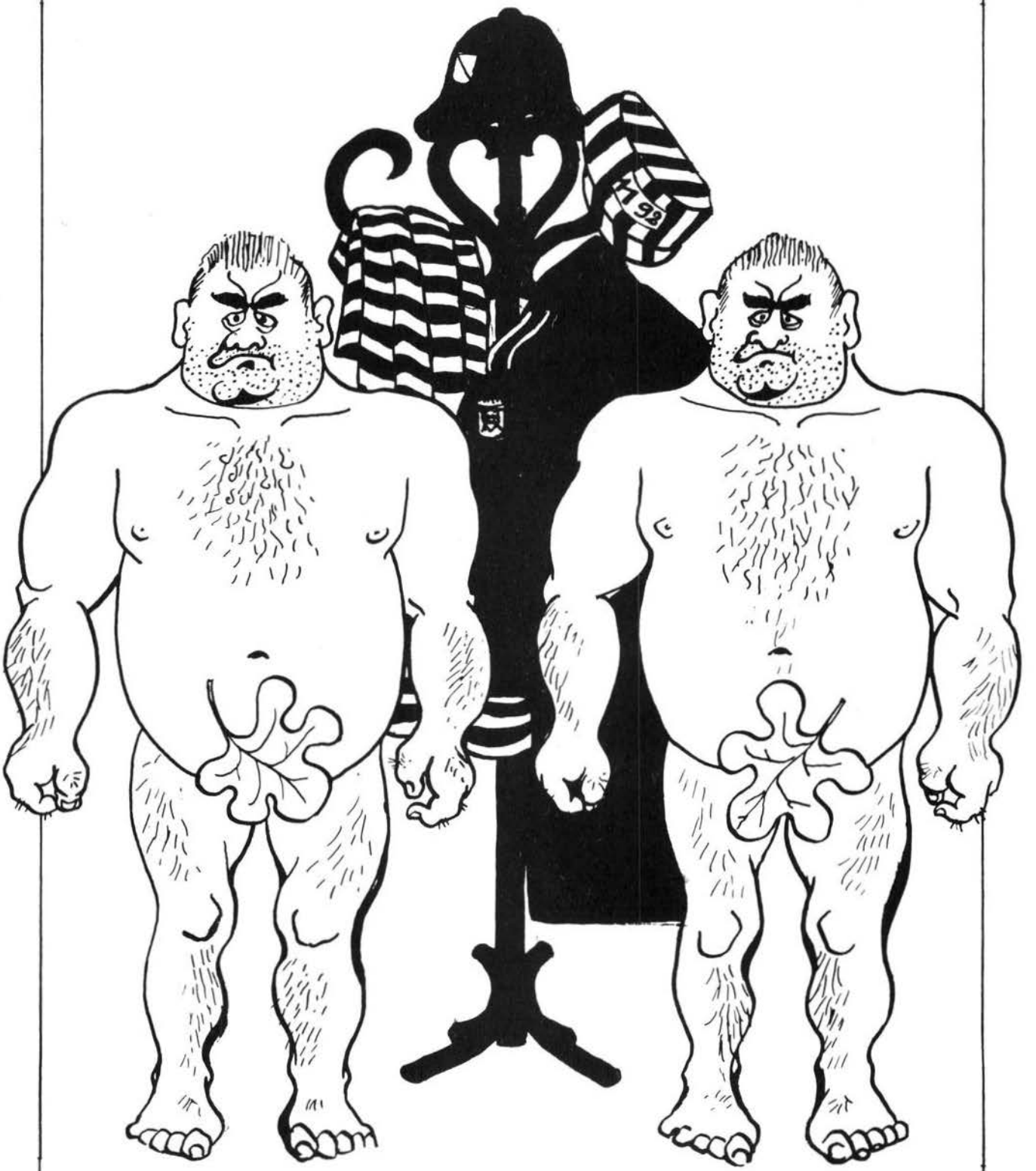
Nach Angaben der südafrikanischen Behörden sind im vergangenen Jahr 119 Menschen hingerichtet worden. Im Vorjahr waren es 101 Personen. Hinrichtungsstätte ist das Zentralgefängnis von Pretoria.

Angaben über die Art der Verbrechen und die Rasse der Hingerichteten wurden wohlweislich unterlassen.

7,5 Prozent Lohnerhöhung und 40-Stunden-Woche

Nach nur 1½tägigen Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien der deutschen Chemie kam es zu einem sehr erfolgreichen Vertragsabschluss, der den 600'000 Arbeitern und Angestellten der chemischen Industrie der Bundesrepublik und Westberlins um 7,5 Prozent erhöhte Löhne garantiert und einen Abbau der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden vereinbart.

Who is who?



Was ist Sozialismus?

Sozialismus - für viele Leute, wenigstens hier im Westen, ein Wort, das ihnen unheimlich vorkommt, für wenige Menschen ein Wort, das für sie eine grosse Hoffnung beinhaltet. Sozialismus bedeutet für diese wenigen einen politischen und ökomomischen Fortschritt. Es ist für sie die Erkenntnis, dass Freiheit und Gleichheit mit Hilfe der Solidarität die Wohlfahrt für jeden einzelnen begründen. Das Endziel ist der Wohlstand für alle.

Vielleicht könnte man in einer ersten grossen Begriffsbestimmung sagen, dass allen Bestrebungen, die soziale Verbesserungen herbeiführen wollen, sozialistische Gedankengänge zugrunde liegen.

Der Weg zum Sozialismus

Ein Mensch hat dann die Möglichkeit, Sozialist zu werden, wenn er Einsicht in unsere Welt bekommt. Gelingt es ihm, unsere Gesellschaftsformen als zutiefst anti-sozial zu entlarven, dann erkennt er, dass unser ganzer sozialer Bau auf Privilegien und Macht beruht. Unsere Gesellschaftsordnungen sind anti-sozial, weil sie jeden Gedanken, der das Los der Menschen wirklich verbessern könnte, ablehnen. Die Menschen werden ausgenützt, um irgendeinem System, irgendeiner Macht oder einer kleinen privilegierten Schicht, irgendeinem transzendenten Wesen und natürlich seinem irdischen Vertreter zu dienen. Es gibt in unserem System kein einziges Gesetz, keine einzige Verordnung, das der Allgemeinheit Vorteile bringt. Ein deutliches Merkmal unserer repressiven Ordnung ist die staatliche Wohlfahrt. Die Wohlfahrt wird zum Gesetz, das befiehlt, Geld aus den Taschen der arbeitenden Menschen zu locken. In unserer Gesellschaft kann es sich kein Sozialist mit gutem Gewissen wohl sein lassen. Er weiss, je besser es ihm geht, umso schlechter geht es den übrigen. Jedes Stückchen Reichtum, das wir uns erhaschen können, geht auf Kosten unseres Nachbarn. In unserer Gesellschaft des "Oben und Unten" kann es keine Gleichberechtigung geben.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er aus der Einsicht in das Wesen unserer heutigen Gesellschaft die Konsequenzen ziehen kann. Er möchte die Grundübel unserer Gesellschaft vernichten. Sein Endziel ist klar. Er will, dass die Reichtümer unserer Erde unter allen Menschen verteilt werden, dass keine gesetzlichen Monopole über die Produktion wachen, sondern dass der Produzent selbst über seine Produkte entscheiden kann. Er will den Wohlstand für alle. Kein Mensch sollte mehr in der Lage sein, seinen Reichtum auf Kosten anderer zu vermehren, sondern nur noch durch seine eigene Arbeit. So wird sein Reichtum den Nachbarn nicht arm machen, sondern im Gegenteil auch zu seinem Wohlstand beitragen.

Gesellschaftsordnung für Diebe

Unsere Gesellschaftsordnung ist eine Ordnung für Diebe. Zwar heisst es auch bei uns "Du sollst nicht stehlen", doch in der Praxis ist es so, dass die grossen Diebe die kleinen Diebe hängen lassen. Sozialismus bedeutet nun Krieg gegen den Wucher in all seinen Erscheinungsformen. Er ist, um mit Benjamin Tucker zu sprechen, eine grosse Anti-Diebstahlbewegung. Im Gegensatz zum Kapitalisten, der

fordert "Du sollst nicht stehlen" sagt der Sozialist: "Wenn alle Menschen Freiheit haben werden, wirst Du nicht stehlen."

Wir haben gesehen, dass ein Sozialist die Grundübel unserer Ordnung vernichten will. Innerhalb des Sozialismus gibt es aber verschiedene Ansichten, wie das geschehen soll.

Autoritärer Sozialismus

Die autoritären Sozialisten glauben, dass sie die Grundübel des Wuchers mit Hilfe von Autorität ausrotten können. Sie versuchen Privilegien abzuschaffen, indem sie alle Produktion und Arbeitstätigkeit im Staate vereinigen mit dem Ziel, die freie Konkurrenz zu zerstören und die Erniedrigung des Individuums zu verunmöglichen. Das ist ein Irrtum, der zu schwerwiegenden Folgen geführt hat. Wir wissen heute, dass es gerade die Autorität ist, die die Freiheit und damit den Sozialismus verunmöglichen. Unser heutiger weltweiter Wucher, der bis in die kleine Familie hinein wirkt, ist eine Folge von autoritären Institutionen. Da diese aber immer Macht ausüben, wird es, solange sie vorhanden sind, Korruption und damit auch Wucher geben.

Regeln der Zensur

Nach dem Staatsstreich vom 13. Dezember 1968 in Brasilien hat das Militär die Kontrolle über Presse, Funk und Fernsehen übernommen. Folgende Richtlinien gelten seither für diese Massenmedien:
Sie sollen das herrschende Regime respektieren. Es ist verboten, Neuigkeiten über die politische Aktivität der Priester und deren eventuelle Resultate zu bringen, studentische Fragen zu diskutieren und die Verfassung, die Behörden und das Militär zu kritisieren. Neuigkeiten, die auf Vermutungen und Spekulationen beruhen, sollen nicht veröffentlicht werden. Es ist verboten über die Organisationen der Arbeiter zu berichten. Derjenige, dem die bürgerlichen Rechte aberkannt worden sind, darf keine politischen Artikel liefern.

Doch das Endziel des autoritären Sozialismus ist das gleiche wie dasjenige des freiheitlichen Sozialismus. Karl Marx hat dieses Endziel im Kommunistischen Manifest folgendermassen formuliert:
"An die Stelle der alten bürgerlichen Ordnung mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt die Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

Wir müssen dieses Endziel, dieses Programm der autoritären Sozialisten unbedingt im Auge behalten, wenn wir nicht falschen Interpretationen und Verdrehungen zum Opfer fallen wollen. Der autoritäre Sozialismus erkennt die Grundübel der kapitalistischen Welt, die Idee der Religion zum Beispiel, die den Menschen zum Fatalisten erzieht, oder die freie Konkurrenz, wo es in der Arbeit kein Miteinander, sondern nur noch ein Gegeneinander gibt. Die autoritären Sozialisten sehen, dass die kapitalistischen Entwicklung vollständig hemmen. Deshalb fürchten die Führer in den sozialitischen Ländern jeden noch so kleinen Teil der kapitalistischen Weltanschauung, weil sie wissen, dass sogar dieser kleine Teil genügen würde, um den Menschen zu korrumpieren. Das müssen wir wissen, wenn wir die Ereignisse in der CSSR beurteilen wollen.

Auch beim autoritären Sozialismus ist die Gewalt nicht das wesentliche, sondern die Grundidee ist eine zutiefst humane. Jedoch war die humane Vision, wie sie zum Beispiel Karl Marx sah, zum Scheitern verurteilt, da die Freiheit und Gleichheit über die Zwischenstation der Diktatur des Proletariates erreicht werden sollte. Aber das politische Ziel, das Marx im Auge hatte, war die Ausschaltung des Staates aus dem Leben der Gesellschaft, es war die Anarchie.

Das wird auch deutlich in der Schrift "L'Alliance de la Démocratie socialiste et l'Association internationale de Travailleurs" die Marx zusammen

mit Engels und Lafargue gegen den freiheitlichen Flügel der Internationale verfasst hatte. So heisst es dort:

"Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie dieses: ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, welche dazu dient, die grosse produzierende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu erhalten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Verwaltungsfunktionen."

Anarchistische Sozialisten

Das Ziel, das Marx im Auge hatte, war identisch mit dem der anarchistischen Sozialisten. Doch der Weg dazu, den Marx und auch die heutigen Kommunisten im Auge haben, kann nicht zu diesem Ziel führen, weil nur freie Menschen den Sozialismus zu ihrer eigenen Sache machen können.
Die Anarchisten waren in dieser Frage grundsätzlich anderer Meinung als Marx.

Für Proudhon war der Sozialismus nicht bloss eine Frage der Wirtschaft, sondern eine kulturelle Frage, die alle Gebiete der menschlichen Betätigung umfasst. Er sah, dass wirtschaftliche Ausbeutung durch das Kapital, politische Unterdrückung durch den Staat und geistige Gebundenheit durch die Kirche nur verschiedene Erscheinungsformen derselben Ursache, nämlich des Absolutismus sind. Man kann deshalb nicht nur die eine Erscheinungsform bekämpfen und das andere unangetastet bleiben lassen. Proudhon hatte das Wesen des Staates klar erfasst und sah, wohin machtpolitische Bestrebungen führen.
Er erkannte, dass von den Parteien keine wirklich schöpferische Kraft zur sozialen Umgestaltung kommt.

Proudhon erklärte allen fertigen Systemen den Krieg. Marx konnte das nicht erkennen. So wurde ein Brief, den Proudhon im Mai 1846 an Marx schrieb und in dem er seine antiautoritäre Haltung erklärte, zur unmittelbaren Ursache für den Bruch zwischen den beiden.

Gewerkschaften sind arbeiterfremde Organisationen geworden

Die Gewerkschaften sind ausgesprochen arbeiterfremde Organisationen geworden, auf die die Arbeiter keinerlei Einfluss mehr haben. Zwar versuchen die Arbeiter, gegen Unternehmertum und Betriebsleitung die Unterstützung der Gewerkschaften zu bekommen, aber sobald diese die Verteidigung der Arbeiterinteressen in ihre Hand nehmen, drücken sie ihnen ihren eigenen Stempel auf und dirigieren sie in die Richtung ihrer eigenen Interessen

Daniel Cohn-Bendit

"Suchen wir gemeinschaftlich, wenn Sie wollen, die Gesetze der Gesellschaft zu ergründen, die Art ihrer Erscheinung festzuhalten und dem Wege zu folgen, den wir freilegen, indem wir uns dieser Arbeit unterziehen. Doch, bei Gott! denken wir unsererseits nicht daran, das Volk von neuem zu schulmeistern, nachdem wir a priori allen Dogmatismus zerstört haben. Fallen wir nicht in den Widerspruch Ihres Landmanns Martin Luther, der, nachdem er die Glaubenssätze der katholischen Theologie umgestossen, sich mit verstärktem Eifer und grossem Aufwand von Bannflüchen und Verdammungsurteilen daran machte, eine protestantische Theologie

Die Spaltung einer leblosen Organisation hat mehr als einmal den Anstoss für die progressive Entwicklung ihres lebensfähigen Teils gegeben.

L. D. Trotzki, 1931

ins Leben zu rufen. Seit drei Jahrhunderten ist Deutschland damit beschäftigt, diese Neuübertünchung des alten Baues durch Herrn Luther zu beseitigen. Stellen wir die Menschheit nicht durch neuen Wirrwar und eine Verputzung der alten Grundlagen vor eine neue Aufgabe. Ich begrüsse von ganzem Herzen Ihren Gedanken, alle Meinungen des Tages zum Ausdruck zu bringen. Befleissigen wir uns dabei einer freundschaftlichen und ehrlichen Auseinandersetzung; geben wir der Welt das Beispiel einer weisen und vorausblickenden Toleranz; versuchen wir nicht, weil wir an der Spitze der Bewegung stehen, uns zu Führern einer neuen Unduldsamkeit zu machen. Geben wir uns nicht als Apostel einer neuen Religion, auch dann nicht, und wenn es die Religion der Logik und Vernunft wäre. Empfangen und ermuntern wir jeden Protest; geisseln wir jede Ausschliesslichkeit, jeden Mystizismus. Betrachten wir niemals eine Frage für erschöpft, und wenn wir unseren letzten Beweisgrund verbraucht haben, lasst uns, wenn es nötig ist, mit Beredsamkeit und Ironie von neuem beginnen. Unter dieser Bedingung werde ich mich Ihrer Vereinigung mit Vergnügen anschliessen. Wenn nicht, nicht."

Es zeigt sich heute, dass Proudhon, zusammen mit vielen anderen Anarchisten, recht behalten hat. Die soziale Befreiung ist nicht bloss ein wirtschaftliches Problem. Eine wirkliche Befreiung des Menschen ist nur möglich, wenn die Dreieinigkeit der Versklavung abgeschafft wird: Kapital, Staat und Kirche.

Nicht nur bei Marx, sondern auch bei vielen anderen Sozialisten war der Einfluss von absolutistischen Gedankengängen verhängnisvoll. In Frankreich allerdings konnte sich der autoritäre Gedanke nie ganz durchsetzen, hatte doch hier die Revolution von 1793 nicht nur autoritäre, sondern auch freiheitliche Spuren hinterlassen. Hier hatte der anarchistische Sozialismus auch eine Tradition, die von Leuten wie Saint-Simon, Fourier, Proudhon und andern begründet wurde.

Ganz anders waren die Verhältnisse jedoch in Deutschland, das bis zum Ende des ersten Weltkrieges ein halb-absolutistischer Staat blieb. Die ersten Vertreter von sozialistischen Gedanken gingen zum grossen Teil aus der Schule von Hegel und Fichte hervor, die beide grosse Anhänger der Staatsidee und sehr autoritär ausgerichtet waren.

Den grössten Einfluss auf die moderne deutsche Arbeiterbewegung hatte Ferdinand Lassalle. Lassalle war ein fanatischer Anhänger der Staatsidee von Hegel. Von ihm erbten die deutschen Sozialisten die blinde Staatsgläubigkeit und den grössten Teil ihrer autoritären Bestrebungen. Lassalle beeinflusste die deutsche Arbeiterbewegung viel stärker als Marx. Die dogmatischen Gedankengänge autoritätsgläubiger Führer verdrängten einen schöpferischen und entwicklungsfähigen Sozialismus.

Sozialdemokratie

Vollends zum Scheitern verurteilt war die Bewegung von dem Moment an, da sie das Schwergewicht nicht länger auf die Eroberung des Bodens und der industriellen Betriebe, sondern auf die Eroberung der politischen Macht legte. In dieser Phase vermischten sich auch die nationalen Interessen immer mehr mit den sozialistischen Ideen, so dass die Sozialdemokratie in das kapitalistische System integriert wurde. Die deutschen Sozialdemokraten wollten mit einer nationalen Politik den Sozialismus verwirklichen, merkten aber nicht, dass gerade diese Politik den Sozialismus verunmöglichte. Die SPD verzeichnete zwar grosse Wahlerfolge, aber nicht für den Sozialismus, sondern für die preussische Kasernenhofdisziplin. Dass das keine Uebertreibung ist, zeigt die Antwort von einem angesehenen Führer der Partei, August Bebel, an den Reichskanzler von Caprivi, der im Reichstag den Eifer der sozialdemokratischen Soldaten in der deutschen Armee lobte:

"Ich glaube sogar, dass die Bereitwilligkeit, mit der gerade meine Parteigenossen sich der vorschriftsmässigen Disziplin gefügt haben, ein Ausfluss der Disziplin ist, die ihnen das Leben beibringt. Die Sozialdemokratie ist also gewissermassen eine Vorschule für den Militarismus."

Diese Grundhaltung hat die Sozialdemokratie auch heute noch und zwar nicht nur die deutsche. Sie wird vom kapitalistischen System so gebraucht wie auch die Gewerkschaften, die die

Arbeiter ebenso verraten haben und eine menschenfeindliche Institution geworden sind.

Die Sozialdemokratie vertritt nicht den Sozialismus, weil sie nur innerhalb des Systems Reformen fordert, das System selbst aber nicht in Frage stellt. So kommt es, dass die kleinen Pflästerchen, die die Sozialdemokratie für einzelne Menschengruppen fordert, einfach anderen Menschen abgerissen werden.

In diesem System kann es keinen Sozialismus geben. Eine sozialistische Gesellschaft ist nur möglich, wenn sich freie Menschen zusammenschliessen. Wann aber ist der Mensch frei? Dann wenn er seine Sache, seine Idee vertreten kann, kurz gesagt, wenn er Humanist sein kann. Ein freier Mensch wird nur die Sache der Menschen vertreten. Heute sind die Menschen nicht frei. Sie sind die Gefangenen unseres Systems und arbeiten gegen ihre ureigensten Interessen. Sie lassen sich in barbarische Kriege treiben wie Schlachtvieh und vegetieren dahin, unbewusst ihrer feindseligen Gefühle und Vorurteile. Die Menschen sind aber nicht von Natur so. Sie werden von einem unmenschlichen System zu solch einem Verhalten gezwungen. Wenn wir eine Aenderung der Situation herbeiführen wollen, gibt es keinen anderen Weg, als dieses System mit all seinen Institutionen restlos zu zerstören.

Die Macht unseres Systems kann nur solange bestehen, als die Menschen an es glauben und das Prinzip der Ausbeutung nicht durchschauen können. Je weniger Menschen an die Macht der Institutionen glauben, desto kleiner wird diese Macht. Deshalb muss immer und überall im Bereich des Möglichen daran gearbeitet werden, die Leute auf die Missstände aufmerksam zu machen. Das allein genügt aber nicht! Das kapitalistische System wird nicht freiwillig abdanken, wenn die Mehrzahl der Menschen ohne es leben wollen. Der Kapitalismus wird sich verteidigen mit allen Mitteln, wenn nötig mit den brutalsten Waffen. Trotzdem ist er besiegbar, da er den Nachteil aller Systeme besitzt: seine Ideologie ist irrational und seine Institutionen sind unbeweglich. Das ist die Chance der Menschheit.

A. E. D.

Humanismus oder Gewalt?

Im Zürcher Schauprozess gegen Stocker, Kohler und andere meinten die Richter mit naiver Ahnungslosigkeit, dass in der Bibel doch nichts von körperlicher Züchtigung stehe und dass der christliche Glaube doch überhaupt auf dem Evangelium der Liebe und Güte beruhe. Gewaltanwendung sei etwas zutiefst Unchristliches, so will es die allgemeine Meinung.

Ein genaueres Studium der christlichen Lehre und vor allem der christlichen Praxis in bald 2000 Jahren abendländischer Geschichte ergibt allerdings ein völlig anderes Bild. Eine solche Untersuchung hat kürzlich einer angestellt, der es, als ehemaliger Pfarrer und Doktor der Theologie wissen muss:

> Joachim Kahl, Das Elend des Christentums oder Plädoyer für eine Humanität ohne Gott, rororo aktuell 1093, 155 Seiten, Fr. 2.65

Die wissenschaftliche Religionskritik, die im letzten Jahrhundert mächtig blühte und die geistigen Voraussetzungen für den Sozialismus schuf, ist in unserer Zeit kaum mehr lebendig. Auch die Linken sehen in der Kirche oder der Religion keine Gefahr mehr. Schliesslich gibt es ja einige Priester, die mit den Guerillas gemeinsame Sache gegen korrupte Regime machen, Zürcher Pfarrer, die das autonome Jugendhaus befürworten, und einen Papst, der die Reichen eindringlich ermahnt, mit den Armen zu teilen.

ABONNIERT ASPEKTE

Ist die Kirche für den Fortschritt?

Die Untersuchung Kahl's macht deutlich, wie gefährlich solche Utopien sind. Allein schon derjenige, der glaubt, die Kirche links liegen lassen zu können, und sich einer Analyse der Religion entzieht, verkennt die gesellschaftliche Bedeutung des religiösen Prinzips.

Die Kirchengeschichte entlarvt das offizielle Christentum als fortwährenden Komplizen der politischen und wirtschaftlichen Machtgruppen. Der urchristliche Kommunismus erweist sich als frommes Märchen, wo schon die Apostel in ihren Briefen die Sklaven zum Gehorsam ermahnten. Die bedenkenlos opportunistische Anpassung an die sozialen und politischen Machtverhältnisse wurden im 4. Jahrhundert von den römischen Kaisern honoriert, indem sie das Christentum zur Staatsreligion erhoben. Hundert Jahre später war die Kirche selber zum grössten Grossgrundbesitzer mit dem grössten Sklavenbestand im Imperium angeschwollen.

Blutige Verfolgungen

Die blutige Verfolgung der Heiden, der Juden und der Ketzer durch all die Jahrhunderte bis in unsere Tage enthüllten eine Wahnsinnsideologie, die ihresgleichen sucht.
Die Diffamierung der Frau erreichte ihren grausigen Höhepunkt im christlichen Hexenwahn, der vom 13. bis ins 18. Jahrhundert einigen Millionen Frauen Folter und Verbrennung einbrachte.

All das geschah auf der Grundlage einer Theologie, einer theoretischen Gotteslehre, die sich bei genauerem Hinsehen als ein Wirrwar sich widersprechender Inhalte entpuppt: alles lässt sich daraus ableiten oder widerlegen, je nach dem, was man wünscht. Kahl setzt sich auch eingehend mit den modernen, protestantischen Theologen auseinander, die vorgeben, das Christentum entmythologisieren zu wollen, oder die sogar eine Theologie ohne Gott schaffen wollen. Dabei zeigt sich, dass auch diese umstrittenen Gottesgelehrten in einem wesentlichsten Punkt ganz auf dem angestammten theologischen Boden bleiben, darin nämlich, dass die Religion immer eine Bindung an eine Autorität fordert.

Es gehört zum Wesen der Religion, dass sie der Vernunft möglichst enge Grenzen setzen will, dass sie bestimmte Bereiche zum Vorneherein von einer kritischen, wissenschaftlichen Durchdringung ausnehmen will, dass sie kein völlig unabhängiges, freies Denken duldet. Sie ist ihrem Wesen nach dogmatisch, wissenschaftsfeindlich. Glauben und Denken liegen in einem unversöhnlichen Widerspruch.

Was die Leser dieser Zeitschrift aber vor allem interessieren muss, ist dies, dass die religiöse Weltanschauung, insbesondere die christliche Ideologie, die Grundlage einer Gesellschaftsordnung bildet, in der Menschen über Menschen herrschen. In den Lehren von der sündhaften, verdorbenen Menschennatur, von Schuld und Strafe, von der göttlichen Vorsehung, in der Verachtung des Körperlichen, im himmlischen Trost für die Elenden usw. liegt das Fundament einer Welt, in der krasseste soziale Ungerechtigkeit, Hunger, Elend und Krieg herrschen.

Diese Zusammenhänge weiss Kahl ausführlich zu belegen. 235 Anmerkungen und eine reiche Bibliographie machen das kleine Büchlein für jeden

Über 74 Milliarden Dollar für die Rüstung Amerikas

Auf über 74 Milliarden Dollar stieg der Rüstungsetat der USA im Jahre 1968. Die Rüstungsaufträge konzentrierten sich spürbar auf eine relativ geringe Zahl von Grosskonzernen.
Im einzelnen kassierten zum Beispiel:

Boeing	762,1 Mio Dollar
North American Rockwell	668,6 Mio Dollar
General Motors	629,6 Mio Dollar
Grumman	629,2 Mio Dollar
Honeywell	351,7 Mio Dollar

kulturell Schaffenden zu einer wertvollen Fundgrube. Ohne Zweifel wird Kahl für jeden "Fortschrittlichen" zu einem festen Begriff werden.

Wenn Kahl in seiner Untersuchung die christliche Moral nicht so ausführlich behandelt, wie es ihr eigentlich zukäme, so deshalb weil dies den Rahmen dieses kleinen Büchleins völlig sprengen würde. Diese Arbeit hat ihm ein anderer abgenommen:

Arno Plack, Die Gesellschaft und das Böse - Eine Kritik der herrschenden Moral, Paul List Verlag, München 432 Seiten, Paperback Fr. 18.80

Dr. Arno Plack, Philosoph, Historiker und Psychologe, hat sich zur Aufgabe gemacht, die geltende, herrschende Moral wissenschaftlich zu untersuchen und zugleich eine neue, wissenschaft-

120 Arbeiter werden entlassen

Am 10. März 1969 hat der Präsident des Verwaltungsrates der Ideal-Standard AG an einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass ihr Zweigbetrieb in Dullikon in der zweiten Hälfte dieses Jahres geschlossen werde. Diese Massnahme wurde mit Rationalisierungsbestrebungen innerhalb des internationalen Konzerns und mit der Konzentrationsbewegung in der Giessereiindustrie begründet. Die Firma wird ihren Guss in Zukunft von ihrer österreichischen Schwestergesellschaft beziehen.

Opfer dieser Schliessung werden einmal mehr die in diesem Betrieb beschäftigten Arbeiter sein - 120 an der Zahl. Wie Gewerkschaftsvertreter an der Pressekonferenz mitteilten, "bemühen sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zusammen mit der Geschäftsleitung, die Folgen für die betroffenen Mitarbeiter soweit als möglich zu mildern."

Nach dem Fall Schuh-Hug zeigt sich erneut, dass die führenden Gewerkschaften nicht in der Lage sind, die Zeichen der Zeit zu deuten und daraus die richtigen Konsequenzen abzuleiten. Nach wie vor begnügen sie sich damit, allfällige Härtefälle soweit als möglich "zu mildern". Was aber werden die Gewerkschaften unternehmen, wenn Milderung allein nicht mehr genügt, wenn technologische Arbeitslosigkeit auch in unserem Lande um sich greift?

Folgende vorbeugende Massnahmen drängen sich zur Vermeidung technologischer Arbeitslosigkeit auf:

1.
Massnahmen zu einer gradweisen Rationalisierung und Automatisierung unter Mitwirkung der Gewerkschaften.

2.
Verkürzung der Arbeitszeit und längeren bezahlten Urlaub.

3.
Lohnerhöhungen, welche sicherstellen, dass die vermehrte Produktionskapazität durch eine gesicherte Kaufkraft ausgeglichen wird.

4.
Berufsschulungs- und Umschulungsprogramme innerhalb Industrie und Gewerbe sowie Oeffnung der Hochschulen für Begabte aller Volksschichten.

5.
Angemessene Kündigungsabfindungen für Arbeitnehmer, deren Freistellung unvermeidlich geworden ist.

6.
Erhöhte Arbeitslosenunterstützung für freigesetzte Arbeitskräfte.

Diese detaillierten Massnahmen lassen sich zusammenfassen zu einer einzigen Forderung - sie lautet: qualifizierte Mitbestimmung.

liche Ethik zu begründen. Das überaus gründliche, streng wissenschaftliche Werk zeichnet sich aus durch den Einbezug aller kulturellen und sozialen Probleme sowie durch unpolemische Sachlichkeit. Es dürfte die erste, wirklich wissenschaftliche Analyse der Moral sein. Der Leser wird am Schluss sehr gut begreifen, warum in unserer Gesellschaft eine solche Analyse, milde gesagt, nicht erwünscht ist.

Die herrschende Moral dient nämlich als Mittel der Herrschaft. Gefordert wird vor allem Gehorsam, Fleiss, Keuschheit, Bescheidenheit und Opfersinn. Zur geforderten Moral steht die gelebte Praxis in Widerspruch. Wo Herrschaft ist, bemisst sich die Achtung vor dem Mitmenschen an seiner sozialen Position. So wird der Einzelne gezwungen, nach Erfolg zu streben. Dieses Verlangen, den andern zu überrunden, zu Macht und Einfluss zu gelangen, ist motiviert von der Angst, selbst an den Rand der Gesellschaft gestossen zu werden. Nichts ist aber schlimmer für den Menschen, als ausserhalb der Gemeinschaft zu stehen, oder sich dort zu wähnen. Im Grunde möchte er als Gleicher unter Gleichen leben können.

Die herrschende Moral verlangt vom Menschen eine Unterdrückung seiner vitalsten Bestrebungen, vor allem des Sexualtriebes. So bleiben ihm nur noch die illusionären Ersatzfreuden des Erfolgs, der Genuss der Ueberlegenheit über andere. "Unsere gesamte philosophische und theologische Ethik ist für diesen Zusammenhang blind. Man tut dafür so, als reiche der blosse Wille schon hin, um all die Tugenden zu üben, all die "Werte" zu realisieren, die das "Sittengesetz" oder eine "ewige Wertordnung" uns nahelege."

Repressive Ordnung

Die Tiefenpsychologie hat den gewaltigen Einfluss aufgedeckt, den die Erlebnisse der frühesten Kindheit auf das ganze Leben des Menschen ausüben. Die "repressive Ordnung" fängt konsequenterweise bei der Unterdrückung des Kleinkindes an. Die chaotische, asoziale Meinung der geltenden Moral über die Natur des Menschen lässt die Erzieher die Anpassung, den Gehorsam mit allen Mitteln erzwingen, insbesondere durch Triebunterdrückung und das Prinzip von Schuld und Strafe. Die autoritäre, sittenstrenge Erziehung gehört notwendigerweise zu einer Gesellschaft, in der trotz Demokratie oder Sozialismus immer noch eine kleine Minderheit die Massen beherrscht.

Das Schuld- und Strafe-Prinzip kennzeichnet auch die Justiz. Das Strafrecht ist etwas völlig Irrationales. Es basiert auf der Idee des freien Willens und leugnet die Motivation und Bedingtheit allen menschlichen Handelns. Die Justiz will nicht die Einsicht in die Hintergründe (sie müsste hinter dem Delinquenten die Gesellschaft entdecken, die ihn hervorbringt), sondern sie will verurteilen, sie will "Vergeltung", affektive Rache (siehe Stocker-Prozess).

Eingehend befasst sich Plack mit der Unterdrückung der Sexualität, deren unmittelbare Konsequenzen je nach der individuellen Situation sind: die Sexualisierung des Denkens (Gehirnsinnlichkeit, Ersatzerotik in Literatur und Kunst, wie in der Werbung), psychosomatische Erkrankungen, Geisteskrankheiten, Alkoholismus und andere Süchte, Perversionen, Sadismus und Masochismus.

Sehr eindrücklich widerlegt Plack den vielzitierten Verhaltensforscher Konrad Lorenz, der aus seinen Beobachtungen an Graugänsen und Buntfischen einen angeborenen Aggressionstrieb beim Menschen ableiten zu können glaubt. "Was eine These wie die von Lorenz so anziehend macht, hat nichts mit Gründen zu tun, die aus Forschung und Naturbeobachtung sich selber ergäben, sondern das ist der Geist der herrschenden Gesellschaft."

Eine ausführlichere Besprechung des Buches von Plack müsste an einigen Stellen kleine Korrekturen anbringen: vor allem dass der Autor teilweise die Einseitigkeiten der Freud'schen Trieblehre noch mitschleppt, die den Menschen als Triebwesen beschreibt und seine Konflikte aus trieb-ökonomischen Beziehungen erklärt. Plack ist mit der neueren, psychologischen Forschung zu wenig vertraut, in welcher die mitmenschliche Beziehung im Mittelpunkt steht. Doch diese Kritik schmälert Placks Verdienst in keiner Weise. Die Hauptbedeutung dieses

Buches liegt in seinem unbedingten Eintreten für eine wirkliche Freiheit des Menschen, und für das Aufzeigen der Möglichkeit solcher Freiheit. Der Mensch kann frei gelassen werden. Er bedarf keiner autoritär verankerten Ordnung, die mit ihren Gesetzen und Strafen, mit jeder Art von Gewalt, mit ihrer unwissenden Erziehungspraxis das "Böse" erst hervorbringt, das zu bekämpfen sie vorgibt.

Plack macht uns bewusst, dass wir immer noch im Zeitalter einer Kultur leben, zu der auch die Scheiterhaufen des Mittelalters gehören. Doch die Hoffnung ist berechtigt, dass dank den Fortschritten der Humanwissenschaften die Menschheit sich allmählich auf ein "Ethos der Liebe" hin entwickle. Placks Buch ist jedenfalls ein gewichtiger Beitrag dazu und gehört zum Rüstzeug jedes Antiautoritären.

Epikur

APO Informationsgruppe «Ussuri»

Wir veröffentlichen die ersten beiden Informationsblätter (20. und 21. März 1969), die sich in einigermassen scharfer Form mit der Aussenpolitik der Sowjetunion auseinandersetzen als ungekürzten Diebstahl. Im einen wird der COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) einer Analyse unterzogen, im andern wird versucht, die Geschehnisse am Ussuri-Fluss aufzuhellen.

Es gehört heute zum guten Ton (besonders unter den Linken und Ultralinken), die Sowjetunion zu kritisieren. Da aber in diesen beiden Beiträgen der "apo info" ohne die übliche affektive Polemik, sondern mit Tatsachen die wirkliche Situation umrissen wird, sind wir der Meinung, dass sie einer breiteren Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten.

Die Redaktion

Die grosse Weltkoalition und die Schiessereien am Ussuri

Die Insel Dschenbao (russisch Damanski) im Fluss Ussuri an der chinesisch-sowjetischen Grenze ist etwa einen halben Quadratkilometer gross. Wegen dieser paar Sand- und Gesteinhaufen kommt es keiner Regierung in den Sinn, einen Krieg zu riskieren. Also müssen die Hintergründe der Schiessereien in globalen politischen Prozessen gesucht werden. Dennoch soll versucht werden, auch die rechtliche Lage und den Hergang der Grenzgefechte darzustellen.

Da von den beiden beteiligten Seiten verschiedene, von uns in vielen Teilen nicht nachprüfbare Verlautbarungen vorliegen, soll uns eine Analyse der beiden Versionen einen ersten Anhaltspunkt liefern.

Dazu schreibt die bürgerlich-liberale "Frankfurter Rundschau" am 18.3.1969:

"Die Sowjets behaupten , die Insel Damanski, um die die blutigen Grenz-

zwischenfälle entbrannt sind, sei sowjetisches Territorium, und damit basta. Wesentlich sachlicher verhält sich die chinesische Seite, die es in einer Erklärung ihres Aussenministers für nötig befunden hat, entsprechende Verträge zu zitieren, und darauf hinzuweisen, dass der Fluss Ussuri die Grenze zwischen beiden Staaten in diesem Gebiet bildet und nach internationalem Recht in solchen Fällen die Hauptschiffahrtslinie den genauen Grenzlauf markiere."

Diese Zeitung, welche im übrigen sehr für "Entspannung" im Sinne der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit wirbt, sieht sich weiterhin genötigt, auf folgendes hinzuweisen:

"Die in den sowjetischen Zeitungen erschienenen Schilderungen stimmen nicht in allen Punkten überein und widersprechen einer Aussage von General Ijonow. Der General hatte in klaren Worten entschieden verneint, dass gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt wurden, während in den Presseberichten von ihrem Einsatz auf sowjetischer Seite die Rede war."

Stellen wir derartige Widersprüchlichkeiten bei der Beurteilung von Verlautbarungen in Rechnung, so gewinnt die folgende, aus den uns vorliegenden Quellen konstruierte Darstellung die grösste Wahrscheinlichkeit.

Historischer Abriss

In den Kriegen zwischen dem zaristischen Russland und dem kaiserlichen China vor über einem Jahrhundert wurden weite Teile Sibiriens, die vorher zu China gehörten, von den Russen okkupiert. Der Zar zwang die unterlegenen Chinesen im Jahre 1860 zum ungleichen "Vertrag von Peking", welcher die Eroberung des russischen Imperialismus "legalisierte". Selbst nach diesem, dem chinesischen Volk aufgezwungenen Vertrag gehört die Insel Dschenbao im Ussurifluss zu China! Sie steht schon lange unter chinesischer Gerichtsbarkeit und wird immer von chinesischen Grenzwachen kontrolliert. Erst seit Anfang 1967 drangen während der Frostperioden sowjetische Grenzschutztruppen wiederholt in das Gebiet der Insel Dschenbao vor. Nach chinesischer Darstellung verwundeten sie dabei Angehörige des chinesischen Grenzschutzes, die ihren normalen Patrouillendienst versahen, und nahmen chinesische Waffen und Munition an sich. Die Sowjets wiesen Berichte über derartige Zwischenfälle stets zurück oder spielten sie herunter. (Uebrigens darf man, wie im allgemeinen die bürgerliche Presse, die Forderungen der Chinesen nach einer Revision der zaristischen Verträge, welche die russisch annektierten Gebiete Sibiriens betreffen, nicht verwechseln mit der Verteidigung der anerkannt chineseschen Insel Dschenbao. Zum Problem der umstrittenen Gebiete siehe die ausführliche Abhandlung in den "Neuen Zürcher Nachrichten" vom Donnerstag, 20.3. 1969.).

190 000 Arbeitsplätze für Schulentlassene

Alle Schüler in der DDR haben 1 Jahr vor ihrem Schulabgang die Möglichkeit, Lehrverträge für die künftige Berufsausbildung abzuschliessen.
Etwa 190'000 Ausbildungsplätze werden im September 1969 zur Verfügung stehen. In allen polytechnischen Oberschulen liegen Lehrstellenverzeichnisse aus, die den Schülern die Berufswahl und die Stellensuche erleichtern.

Besonders gefragt sind in der DDR die Berufe der Elektronik und der Elektrotechnik, des wissenschaftlichen Gerätebaues, der chemischen Industrie, Metallerzeugung und -verarbeitung sowie des Bauwesens.

Beginn der jüngsten Zwischenfälle

Am 2. März 1969 gegen 9 Uhr drang eine grössere Zahl bewaffneter sowjetischer Soldaten mit zwei Panzern, einem LKW und einem Kommandowagen über das Eis in die Insel Dschenbao ein. Trotz Warnung von Seiten der chinesischen Grenzwachen, die ihren normalen Dienst

verrichteten, rückte der sowjetische Konvoi weiter vor und eröffnete um 9.17 Uhr das Feuer auf die Grenzwachen. Diese schossen zurück. Dabei fielen sowohl chinesische als auch sowjetische Soldaten. Wie die späteren blutigen Zusammenstösse in den letzten Wochen zustande kamen, lässt sich noch nicht mit so grosser Wahrscheinlichkeit rekonstruieren, ist aber für die moralisch-rechtliche Beurteilung der Schiessereien nicht mehr so wesentlich.

Die Hintergründe

Militärisch gesehen, kann die Volksrepublik kein Interesse haben, einen grossen Teil ihrer Truppen an der sowjetischen Grenze gebunden zu sehen, da sie seit über 20 Jahren von den USA und ihren Marionetten auf Taiwan bedroht wird. Auch eine amerikanische Ausweitung des Vietnamkrieges auf China ist noch nicht ganz ausgeschlossen. Moskau ist da in einer günstigeren Position: es hat seine Satelliten vorläufig militärisch fest in der Hand und braucht vorderhand wegen der Absprachen mit Washington keinen NATO-Angriff in Europa zu fürchten.

Ablenkungsmanöver?

Wer "braucht" den Grenzkonflikt aus politischen Gründen? Sicher nicht die chinesische Regierung. Mit der Kulturrevolution entstand in der Volksrepublik China eine neue - die bisher weitgehendste - Form sozialistischer Demokratie, welche die bewusste, etappenweise Fortführung der "ununterbrochenen Revolution" seitens der Arbeiter, Bauern, revolutionären Schülern und Intellektuellen, Soldaten und revolutionären Mitgliedern der Kommunistischen Partei garantiert. (Siehe dazu das Buch von Giovanni Blumer, "Die Chinesische Kulturrevolution 1965/67" Europäische Verlagsanstalt). Der Revisionismus wurde umfassend im chinesischen Volk diskutiert und verurteilt, auch die Solidarität mit den unterdrückten Nationen hält China fest zusammen.

Anders bei der Sowjetregierung. Ihre Handlungsweise gegenüber der CSSR hat sowohl innerhalb der herrschenden Schicht - bei liberal-bürgerlichen Intellektuellen à la Sacharow - aber auch schon im Volk einige Kritik eingesteckt. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Satelliten sowie ihrer Anhänger in den "Kommunistischen" Parteien des Westens zersetzen nach wie vor die Autorität der Breschnew-Gruppe in der von ihr dirigierten Bewegung. Der Zwischenfall am Ussuri und das folgende sowjetische Propagandamanöver dürfte für die Herren im Kreml einen verzweifelten Versuch darstellen, die "Einheit" von sowjetischer Bevölkerung, Satellitenländern und "Kommunistischen" Parteien wiederherzustellen. Tatsächlich können sie erste Erfolge buchen. Die Dubcek-Hierarchie in der CSSR, die vor einem Jahr noch offen auf Unabhängigkeitskurs steuerte, hat die sowjetische Darstellung trotz ihrer offensichtlichen Widersprüchlichkeiten voll übernommen.

Schweigen ist Gold — sagt die «neue presse»

Der Beschluss, das Erscheinen der "neuen presse" einzustellen, brachte eine Reduktion der Arbeitsplätze mit sich - insgesamt hätten 59 Arbeitnehmer entlassen werden müssen.
45 der freigesetzten Arbeitskräfte werden jedoch weiterhin in den Firmen Tages-Anzeiger und Regina-Druck beschäftigt und durch eine vorsichtige Personalpolitik (bei Neueinstellungen) allmählich kompensiert. Die Entlassung der verbleibenden 14 Arbeitnehmer liess sich offenbar nicht vermeiden. So lobenswert die Bemühungen der Firma Tages-Anzeiger, möglichst wenige Arbeitskräfte auf die Strasse zu stellen, auf den ersten Blick anmuten - Tatsache bleibt, dass der harte Konkurrenzkampf erneut ein Opfer gefordert hat. Opfer, die letztlich immer die Arbeitnehmer zu tragen haben. Im Fall "neue presse" äussert sich dies darin, dass einfach 59 Arbeitsplätze weniger zur Verfügung stehen, was der Schliessung eines schweizerischen Mittelbetriebes gleichkommt.

Sozialistischer Handel oder Neokolonialismus?

Obwohl man auch den sowjetischen Bürokraten ein derart phantastisches Spiel mit dem Feuer, das nur auf ein Harakiri hinauslaufen kann, nicht zutrauen möchte, so ist doch festzuhalten: Sollte Moskau immer noch die Unterwerfung Chinas oder einiger Regionen planen, so wollen sie derartige Satelliten genauso behandeln wie jetzt die Mongolische Volksrepublik: Ausbeutung durch Handel.

Dazu einige Streiflichter: Ein eiziges Fahrrad wird gegen vier mongolische Pferde getauscht, ein Spielzeugschaf gegen ein lebendiges Schaf.
Die Verschuldung gegenüber der Sowjetunion ist über zehnmal höher als der Gesamtwert des Viehbestandes. Obwohl die Mongolei für ihre Viehwirtschaft bekannt ist, sah sie sich wegen derartiger "Tauschbeziehungen" gezwungen, einen fleischlosen Tag in der Woche anzuordnen.

Ein Gratulationsgeschenk an Nixon

Von der Ussuri-Schiesserei profitiert nicht nur der oben angedeutete sowjetische Neokolonialismus, sondern auch der US-Imperialismus.
Die Sowjetregierung hat damit erneut ihre Loyalität bei der amerikanisch-sowjetischen Partnerschaft bekräftigt, welche sich nicht nur gegen das sowjetische und amerikanische Volk auswirkt, sondern auch gegen die Länder der Dritten Welt, ja sogar gegen die Völker Ost- und Westeuropas gerichtet ist.

Auf Kosten Vietnams

Das Wichtigste: China unterstützt den Willen der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) und der südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront (NBF), den revolutionären Kampf bis zur letzten Konsequenz - der Vertreibung der amerikanischen Aggressionstruppen aus Vietnam - fortzusetzen. Die Volksrepublik China ist bereit, neben der laufenden materiellen und personellen Hilfe, ihr Territorium als Hinterland zur Verfügung zu stellen - selbst

Aufsichtsrats-Tantiemen führender deutscher Gewerkschaftsfunktionäre

Durch das Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz sind viele führende Gewerkschafter in die Aufsichtsräte deutscher Konzerne delegiert worden.
Die Zeitschrift "der arbeitgeber" hat vor einiger Zeit die Höhe der Tantiemen aus diesen Posten veröffentlicht.
Meldungen aus dieser Quelle sind gewiss mit grösster Vorsicht zu geniessen - da aber von den Gewerkschaften diese Meldung nicht dementiert wurde, muss sie als richtig betrachtet werden.
Demnach beziehen Aufsichtsräte:

Ludwig Rosenberg (DGB-Vorsitzender)	Fr. 73'881.--
Otto Brenner (Vorsitzender IG Metall)	Fr. 56'957.--
Heinz Kluncker (ötv-Vorsitzender)	Fr. 43'114.--
Ernst Striefler (IG Metall)	Fr. 41'187.--
Heinz Dürrbeck (IG-Metall-Vorstand)	Fr. 39'591.--
Bernhard Tacke (stellvertr. DGB-Vorsitzender)	Fr. 39'022.--
Kurt Sühler (DGB-Vorstand)	Fr. 37'595.--

Die übrigen Gewerkschaftsfunktionäre in Aufsichtsratspositionen verdienen weniger, aber immer noch ein mehrfaches eines Arbeitereinkommens. Es ist möglich, dass ein Teil dieser Gelder der Stiftung Mitbestimmung gespendet wird.
Zumindest in einigen Fällen kann man daran jedoch zweifeln.
Von einem führenden Gewerkschaftsfunktionär muss daher die Offenlegung seiner Einkommensverhältnisse verlangt werden.

wenn sie deshalb von den Amerikanern in den Krieg hineingezogen wird.

Die Sowjetregierung liefert zwar Waffen - um ihr Gesicht vor den Völkern der Dritten Welt nicht völlig zu verlieren - sie übt (nach sicheren Aussagen vietnamesischer Genossen) jedoch seit langem einen Druck aus, um Hanoi und NBF zu einem Kompromissfrieden zu zwingen, welcher den Amerikanern mindestens Militärbasen in Südvietnam garantiert. Damit würden die nationalen Befreiungskämpfe der übrigen asiatischen Völker natürlich erschwert. Die Grenzzwischenfälle können von Moskau als ein weiteres Druckmittel auf die Vietnamesen benutzt werden (so etwa: "Wenn so viel chinesiche Truppen im Norden ihres Landes gebunden sind, wie könnt ihr euch da auf China verlassen?").

In dieser Situation muss unsere volle Solidarität der von den beiden imperialistischen Grossmächten USA und UdSSR bedrohten Volksrepublik China gehören!

Im Interesse Vietnams und aller Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas müssen wir aktiv gegen US-Imperialismus, Sowjet-Revisionismus und ihre grosse Weltkoalition protestieren!

APO - Informationsgruppe "Ussuri"
20. März 1969

«COMECON» — sozialistische Arbeitsteilung oder sowjetischer Neokolonialismus?

Dass die heutige Sowjetführung sich militärisch genauso verhält wie die US-Imperialisten, dürfte seit der CSSR-Invasion, der neuerlichen Atomdrohung gegen China (Siehe im Blatt des sowjetischen Verteidigungsministers "Krasnaja Swesta" vom 20.3.69), der Militärhilfe für die indische Regierung und das faschistische Militärregime in Indonesien klar genug sein. Derartige Unternehmen sind natürlich nicht reiner Selbstzweck, sondern sie sollen politische und wirtschaftliche Vorteile schaffen bzw. sichern. Das politische Merkmal des Neokolonialismus liegt darin, dass die imperialistischen Regierungen mit den privilegierten, einheimischen Oberschichten der abhängigen Länder eine Ehe eingehen, wobei sie die ihnen genehmen einheimischen Gefolgsleute unter Umständen erst zur Macht bringen. Auf wirtschaftlichem Gebiet zeigt sich der Neokolonialismus darin, dass diejenigen, die in den imperialistischen Ländern die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben, aus den abhängigen Ländern Profite schlagen: durch aufgezwungene und ungleiche Tauschverhältnisse; dazu kontrollieren sie die Produkte der einheimischen Wirtschaft soweit, dass sie ihren eigenen Profitbedürfnissen entspricht. Eine eigenständige ökonomische Entwicklung der abhängigen Nationen wird dadurch behindert. Dabei steht Westeuropa eindeutig im Einflussgebiet der USA. Am schlimmsten wirkt sich jedoch der Neokolonialismus der USA in der Dritten Welt aus. Dort beginnt die Sowjetunion erst langsam Fuss zu fassen, während sie vorderhand die meisten Profite aus Osteuropa und der Mongolei (ihren Satellitenstaaten) herausschlägt. Daher sollen im folgenden die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihrer Satelliten in wirtschaftlicher Hinsicht dargestellt werden.

Wirtschaftskonferenz in Berlin

Als Werkzeug ihres Neokolonialismus dient der herrschenden Klasse in der Sowjetunion der "Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (COMECON), welcher die souveränen Rechte der andern COMECON-Mitglieder beeinträchtigt. Entsprechend steht dem COMECON eine starke Opposition der Völker gegenüber. Der Kampf zwischen der Sowjetführung und den andern COMECON-Mitgliedländern verschärft sich ständig, weil erstere ihre Kontrolle zu verstärken versucht und letztere sich dieser Kontrolle entziehen möchten. Das hinderte die verantwortlichen sowjetischen Führer nicht, auf der 22. Sitzung des COMECON, die in Berlin (DDR) abgehalten wurde, und in der sowjetischen Presse Lobsprüche auf

diese von ihr manipulierten Organisationen vom Stapel zu lassen. Ob sie dadurch die inneren Widersprüche, von denen der COMECON befallen ist, mildern kann, darf füglich bezweifelt werden.

«Spezialisierung» bedeutet Kolonialisierung

Moskau hat in den letzten Jahren immer wieder behauptet, dass die "Spezialisierung in der Produktion und Zusammenarbeit eine höhere Form der sozialistischen Arbeitsteilung" seien und "den sozialistischen Aufbau beschleunigen" könnten. Aber die folgenden Fakten beweisen, dass damit in Wirklichkeit die unabhängige Entwicklung der anderen Volkswirtschaften bekämpft wird.

Bulgarien ist seines Rechtes beraubt worden, seine nationale Industrie unabhängig zu entwickeln. Es ist zum "Obst- und Gemüsegarten" der Sowjetunion geworden. Wie die sowjetische "Wirtschaftszeitschrift" im Januar dieses Jahres bekanntgab, gehen über die Hälfte des Frischgemüses, mehr als 2/3 der Gemüsekonserven, mehr als 1/3 des Obstes und fast alle Tabakerzeugnisse, welche exportiert werden, an die sowjetischen Handelsorganisationen.

Von Ungarn forderte der Kreml, die Produktion einiger seiner traditionellen Industriewaren aufzugeben oder zu kürzen. Ungarn rangiert z.B. in Europa an 2. Stelle bei Bauxitlagern, es wurde jedoch an der vollen Entwicklung seiner Aluminiumindustrie gehindert. Es darf zwar Bauxit fördern, muss es aber in grossen Mengen in die Sowjetunion exportieren, wo es zu Aluminiumbarren gegossen wird. Restriktionen hindern Ungarn daran, Lastkraftwagen und Schiffe zu bauen, die 1500 Tonnen übersteigen. Aehnliche Restriktionen zwangen die Radioindustrie, die Produktion in einigen Unternehmen einzustellen.

Trotz ihrer verhältnismässig gut entwickelten Industrie wurde die DDR gezwungen, ihre Industriestruktur gemäss den Erfordernissen der Sowjet-Wirtschaft zu reorganisieren. Jetzt dienen einige ihrer grossen Unternehmen, die traditionalle Erzeugnisse herzustellen pflegten, nur diesem Zweck.

Beinahe 5000 Streiks in den USA

Nach Angaben des US-Arbeitsministeriums fanden 1968 in den USA insgesamt 4950 Streiks statt; das waren 7 Prozent mehr als 1967 und entspricht der höchsten Zahl seit 15 Jahren.

Einseitige wirtschaftliche Entwicklung

Die "Spezialisierung in der Produktion" hat die allseitige Entwicklung der Wirtschaft der andern COMECON-Länder erschwert und hatte starke wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Länder von der Sowjetunion zur Folge. Freudestrahlend erklärten sowjetische Politiker auf der 22. Sitzung des COMECON, dass sie es fertiggebracht haben, die andern COMECON-Länder "die Politik ihrer wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Ausland verändern" zu lassen, von denen nun mehr als 2/3 von dieser "Gemeinschaft" kontrolliert würden. Die sowjetische Presse gab vor kurzem bekannt, dass die Sowjetunion im Jahre 1967 fast alle Importe an Erdöl und Roheisen der andern Mitgliedländer kontrollierten, 3/4 ihrer Importe an Erdöl-Produkten und Phosphat-Düngern, 3/5 ihrer Importe an Baumwolle, über 3/5 ihrer Importe an Walz-Stahl, Kohle und Mangan-Erz und 85 % ihrer Importe an Eisenerz.

Unter diesen Umständen kann die Industrieproduktion dieser Länder nur durch Einfuhr von Rohmaterialien der Sowjetunion aufrechterhalten werden.

Sie führen Rohmaterialien aus der Sowjetunion ein, produzieren die Erzeugnisse, entsprechend den Erfordernissen der Sowjetunion und gemäss ihren Anordnungen über Sortiment und Typen und transportieren die Endprodukte zurück. Laut Sowjet-Presse wurden 1967 über 80 % der Schiffe und ihrer Ausrüstungen, etwa 60 % des rollenden Materials und ungefähr die Hälfte der

Kran- und Transportanlagen gekauft, die von den osteuropäischen Ländern exportiert wurden. Natürlich zieht Moskau aus der einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung der andern COMECON-Länder seinen Vorteil - es verwandelte diese Länder in Märkte, auf die sie eine Anzahl der sowjetischen industriellen Erzeugnisse zu Dumpingpreisen warfen. Laut "Wirtschaftszeitschrift" sind im Vergleich zu 1950 die sowjetischen Exporte an Maschinen und Anlagen nach Bulgarien heute 14mal höher, nach Ungarn 10mal höher, zur DDR 18mal höher und in die Mongolei 15mal höher.

Profite durch teuren Verkauf und billigen Einkauf

Ist also der COMECON eine Organisation, die für die "Interessen der teilhabenden Länder nützlich" ist?

Durch den Vorteil ihres Handelsmonopols mit den COMECON-Mitgliedländern haben die sowjetischen Revisionisten reichliche Profite durch ungleichen Austausch zusammengerafft. Durch Erhöhung des Rubel-Wertes trieben sie ihre Preise für ihre Exporte in die betreffenden Länder in die Höhe und drückten die Preise für Importe.

Die sowjetische Presse hat zugegeben, dass die Preise pro Tonne Erdöl, Eisenerz, Roheisen und Steinkohle bei Export nach den osteuropäischen Ländern um 90 bis 200 % höher sind als bei Verkauf nach westeuropäischen Ländern!

Die sowjetischen Wirtschaftsführer planen, 3,5 Milliarden Rubel durch ihren Handel mit den vier oben erwähnten Rohstoffen zwischen 1966 und 1970 herauszuschlagen. Sie verkaufen Erdöl nach Italien für 1.31 Dollar pro Barrel, nach Japan für 1,26 Dollar, aber an die osteuropäischen Länder zu 2,61 Dollar.

Die osteuropäischen Länder wiederum sind gezwungen, viele ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die UdSSR zu weit niedrigeren Preisen als auf dem Weltmarkt zu verkaufen!

Einige Drehbänke und Fräsmaschinen, die in der DDR hergestellt wurden, wurden an die Sowjetunion mit einem Preisnachlass von 25 bis über 30 % verkauft. (Noch absurder sind die Tauschverhältnisse mit der Mongolischen Volksrepublik, siehe apo info vom 20. März.)

Wem nützen die «Anleihen»?

Aehnlich wie die US-Regierung prahlt Moskau damit, dass die Kredite, die sie den andern COMECON-Mitgliedern gewährt, eine bedeutende "Hilfe" für diese seien. Ihre Vergabe von "Anleihen" ist in der Tat darauf gerichtet, grosse Kapitalsummen in diesen Ländern zu investieren: aber das verstärkt auch ihre Kontrolle und erhöht ihre Profite.

Jede "uneigennützige Unterstützung", welche der Kreml der Mongolei gegeben hat, wurde mit ungeheuren Profiten, mehrere Male höher als dieses "Kapital", zurückgeholt. Nach Angaben der mongolischen Behörden gab die Sowjetunion zwischen 1958 und 1966 insgesamt 600 Millionen Rubel "Anleihen" an die Mongolei, wodurch die Mongolen pro Kopf in Schulden von 550 Rubel gerieten.

Die Anführer der neuen russischen Bourgeoisie brüsten sich auch damit, dass die "Gemeinschaft der COMECON-Länder eine Gruppe der höchst dynamischen Länder" in der Welt von heute repräsentiere, die einen gemeinsamen wirtschaftlichen Aufschwung erreicht habe. Tatsache ist allerdings, dass einige dieser Länder in den letzten Jahren an einer sich ständig verschlechtenden Wirtschaft leiden.

Die CSSR hatte eine ziemlich gut entwickelte wirtschaftliche Grundlage vor dem 2. Weltkrieg. Durch das beschriebene wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis ist ihre industrielle Produktion in den vergangenen Jahren in eine besorgniserregende Lage geraten, ihre landwirtschaftliche Produktion ist zusammengeschrumpft, und ihre Finanzen befinden sich in einem beständig absinkenden Zustand. (Das erleichterte natürlich den Aufstieg der liberal-bürgerlichen Reformisten à la Dubcek und Sik. Wieviel von solchen Leuten, denen bei der Restauration des Kapitalismus mehr das westliche als das sowjet-revisio-

nistische Muster vorschwebt, zu erwarten ist, ersieht man daraus, dass sie heute wieder nach der Pfeife Moskaus tanzen - womit weder der CSSR noch dem Sozialismus gedient ist). Heute muss die CSSR-Wirtschaft durch Anleihen existieren.

Die mongolische Wirtschaft kommt vom Regen in die Traufe, Nach Angaben der mongolischen Behörden besass sie im Jahre 1956 mehr als 24 Millionen Stück Vieh. Zehn Jahre später war der Bestand anstatt anzusteigen auf etwas über 22 Millionen herabgesunken.

*

Sollte also noch jemand Illusionen über das sowjetische System gehabt haben, dem dürften die angeführten Tatsachen klarmachen, dass die Anlehnung an die UdSSR für die Völker Westeuropas keine Alternative zum westlichen Kapitalismus darstellen kann. Im nationalen Interesse der Völker West- und Osteuropas liegt es, sich vom amerikanischen und sowjetischen Einfluss zu befreien. Dazu wird eine neue demokratische Revolution erforderlich sein. Das erst würde den abhängigen Klassen die Möglichkeit geben, die sozialistische Transformation der Gesellschaft gegen den Kapitalismus westlicher und revisionistischer Prägung durchzuführen. Dabei haben wir wichtige Verbündete: die revolutionären Völker der Dritten Welt. Das von den Imperialisten am meisten gehasste ist die Volksrepublik China, denn sie hat sich als erstes Land sowohl vom japanischen und amerikanischen Imperialismus als auch vom Sozial-Imperialismus von Chruschtschow und seinen Nachfolgern losgelöst. Rechnen wir auch die nach und nach erwachenden Massen in den USA und der UdSSR hinzu, so werden 90 % der Menschheit das gleiche Ziel verfolgen wie die fortschrittlichen Arbeiter, Schüler und Studenten Zürichs: die Weltrevolution .

Beginnen wir also mit Aktionen gegen die Niederlassungen der amerikanischen und sowjetischen Imperialisten und ihrer Kollaborateure in unserer Stadt!

APO - Informationsgruppe "Ussuri"
21. März 1969

aspekte-abonnement

Die Zeitschrift «aspekte» erscheint in loser Folge, aber mindestens 12 mal im Jahr. Zu speziellen Themen werden Sondernummern erscheinen.

Die Abonnementskosten betragen Fr. 20.- pro Jahr.

Abonnementsbestellungen sind zu richten an: Fortschrittliche Gewerkschafter Zürich Postfach 166, 8025 Zürich 25

Nur 50 Prozent der schweizerischen Gesamtbevölkerung steht im Erwerbsleben

Während 1950 noch 66,9 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung der Schweiz (Schweizer und Ausländer) im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren standen, waren es 1967 nur noch 65,6 Prozent. Dem gegenüber hat sich der Anteil der über 65jährigen Personen in der Schweiz in der gleichen Zeit von 9,6 auf 11 Prozent erhöht.

50 Prozent der schweizerischen Gesamtbevölkerung stehen tatsächlich im Erwerbsleben. Lässt man jedoch die ausländischen Arbeitskräfte ausser Betracht, so sind es nur 40 Prozent.

Verantwortlich für die Redaktion:
Arbeitsgruppe 2
der Fortschrittlichen Gewerkschafter Zürich

Druck:
Fortschrittliche Gewerkschafter Zürich

Interessenten, die bei der Gestaltung der Zeitschrift «aspekte» mitarbeiten möchten, melden sich bei:
Fortschrittliche Gewerkschafter Zürich
Postfach 166, 8025 Zürich